



Attersee Report

Vom Volk? Durch das Volk? Für das Volk?

Norbert Nemeth · Zum Demokratiebegriff

Rolf Stolz · Hasenfuß im Sturm

Jörg Mayer · Res Publica



Ausgabe Nr. 41 · März 2025



*Der Staat ist die Sache des Volkes.
Das Volk aber besteht
durch einheitliche Rechtsordnung
und gemeinsames Staatsziel.*

Cicero

Coverbild:

Kleroterion, Auslosungsgerät für die Verlosung
öffentlicher Ämter, 4. Jahrhundert v. Chr.,
Athen, Agora-Museum

Abbildung auf dieser Seite:

Demonstration auf der Wiener Ringstraße
vor dem Parlament, um 1910

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren!



Die letzte Ausgabe unseres Reports trug den Titel „Die aufgeschobene Wende“. Damit war gemeint, dass es aufgrund der sogenannten Ampelverhandlungen zu keiner Regierungsbeteiligung der FPÖ kommen wird und somit notwendige Reformen für unser Österreich nicht stattfinden werden. Wenige Tage nach dem Erscheinen dieses Heftes schien es, als hätten wir uns getäuscht, zumal die Ampelverhandlungen wenige Tage nach Neujahr gescheitert waren und Regierungsverhandlungen zwischen der FPÖ und der ÖVP starteten. Mittlerweile sind diese Gespräche auch schon wieder Geschichte und die Prophezeiung der aufgeschobenen Wende kann ihre Richtigkeit für sich beanspruchen.

Damit verbunden ist eine Krise der repräsentativen Demokratie. Sie resultiert aus der Tatsache, dass die derzeit im Amt befindliche (Anm.: Ich schreibe dieses Vorwort am 24. Februar) Bundesregierung unter Bundeskanzler Schallenberg in Wahrheit ein Produkt der Ibiza-Affäre des Jahres 2019 ist. Damals schmiss Sebastian Kurz die FPÖ aus der Regierung und holte die Grünen herein. Das Beste aus beiden Welten versprach er, erntete allerdings nur seinen eigenen politischen Untergang, der Karl Nehammer ins Kanzleramt spülte. Ähnliches könnte nun auch Herrn Stocker zu pass kommen: ohne sich als Kanzlerkandidat einer Wahl gestellt zu haben, Bundeskanzler zu werden.

Neben diesen tagesaktuellen Gründen gibt es weitere, tiefer liegende Ursachen, warum das Image der repräsentativen Demokratie immer schlechter wird. Dieser Report will diese Gründe beleuchten.



Ein maßgeblicher Grund liegt im linken Etikettenschwindel, der nicht nur den Begriff der Demokratie, sondern viele andere Kampfbegriffe umfasst. Mein am 2. Februar verstorbener Klubkollege Dr. Johannes Hübner ist in einer seiner vielen legendären Parlamentsreden am Beispiel des „Antifaschismus“ darauf eingegangen:

„Der Begriff „Antifaschismus“, von der Kommunistischen Internationale geprägt, die das stalinistische Russland in den zwanziger Jahren errichtet hat, diente dazu, unter dem Mantel der kommunistischen oder bolschewistischen Partei all diejenigen zu vereinigen, die bereit waren, einen Schritt zur Errichtung einer totalitären Herrschaft mitzugehen, die also bereit waren, die bürgerlichen, faschistisch genannten Strukturen abzulehnen. Wir alle können uns noch an den „antifaschistischen Schutzwall“ erinnern, der bis 1989 die Antifaschisten vor den Faschisten in der Bundesrepublik Deutschland „schützen“ sollte.“

Vor diesem Hintergrund möge dieser Report einen Beitrag dazu leisten, besser zu verstehen, was gemeint ist, wenn Parteien wie die FPÖ als „demokratiegefährdend“ beleidigt werden. Wer so spricht, dem geht es nie um die Demokratie, sondern immer nur um die Eroberung oder die Verteidigung von Macht – einer Macht, die vor dem Willen des Souveräns Angst hat. Wir Freiheitliche fürchten uns nicht. Weder vor dem Souverän noch vor denjenigen die – mit immer untauglicheren Mitteln – versuchen, ihn unten zu halten.

Herzlichst Ihr
ParlRat Mag. Norbert Nemeth
Herausgeber

Inhalt



Theorie:

Die Freiheit, die wir meinen	6
Zum Demokratiebegriff	8
Die Ungleichheit der Menschen – Teil 4	13
The Parliament Act	19
Demokratie ohne Nachwuchs?	22
Was ist demokratische Gesinnung?	25



Praxis:

Hasenfuß im Sturm	26
Brandmauer. Blutmauer.	31



Feuilleton:

Res Publica	32
Starhemberg – Teil 2: Warum Starhemberg?	40
Martin Rady: Vom Rhein bis zu den Karpaten	48
Adharas Stimme	50
Impressum	51

Editorial

Werte Leser!



Ich darf mich für Ihre Geduld bedanken, mit der Sie diese Ausgabe, die erste zu unserem Themenschwerpunkt „Demokratiekritik“, erwartet haben. Sie sind daran gewohnt, in unserem Report, ganz abseits sowohl des Mainstreams als auch der Alternativmedienszene, nichts zur Tagespolitik zu lesen, sondern zu den ideengeschichtlichen Hintergründen derselben. Dieses Magazin steht sohin auch für eine Entschleunigung des Denkens, für das, was man einstmals unter dem Begriff der Kontemplation als die Vorbedingung jedes Gedankenflusses überhaupt ansah.

Und doch, wie ist alles anders gekommen! Eine Nationalratswahl, die in Österreich die gewohnten politischen Verhältnisse auf den Kopf stellte, musste kommentiert werden. Regierungsverhandlungen zwischen Schwarz, Rot und Pink (und Grün diesmal außen vor, als gäbe es zur Abwechslung einmal auch eine Brandmauer der Vernunft) streckten sich ergebnislos über Monate dahin. Dann kam erstmals Blau ins Spiel, die Karten wurden neu gemischt. Fast hätten wir da die Demokratiekritik noch einmal verschieben müssen, denn schon gafften die medialen Argusaugen auf jede freiheitliche Publikation, um nur etwas zu finden, die Regierungsbildung zu hintertreiben und die Antipathie in der ÖVP gegen das Dasein als Juniorpartner der FPÖ zu nähren.

In diesen für unser Land vielleicht entscheidenden Verhandlungsstunden den Begriff der „liberalen Demokratie“ – ein Schlagwort, das sakrosankt für alle Auswüchse des heutigen Systems steht – unter das geistige Seziermesser zu legen: Wie gelegen wäre das manchem Gesinnungsschnüffler gekommen, um



nachzuweisen, welch gefährlichem Gedankengut man unter Freiheitlichen anhängt!

Aber all das blieb uns erspart. Anders als in Oberösterreich und mittlerweile noch drei anderen Bundesländern, in denen FPÖ und ÖVP erfolgreich und auf Augenhöhe zusammenarbeiten, wollten sich die Schwarzen im Bunde nicht als Reform-

partner, sondern als Fesselungskünstler erweisen. Die Verstrickung der Blauen gelang nicht, und so braucht sich auch der *Atterseekreis*, gemäß seinem alten Motto *Frei denken!*, weiterhin keine Rücksicht gegenüber schwarzen Befindlichkeiten auferlegen. Die Forderung, die FPÖ möge sich von nun an zu alledem in Wort und Schrift bekennen, was für die ÖVP unverzichtbare Bausteine des EU-Zentralismus sind, wurde zurückgewiesen. Nicht auszudenken, was es für die geistige Arbeit im politischen Vorfeld heißen würde, wenn einen das System, das man doch aufbrechen will, so unters Joch spannt!

Denn ohne echte Disruption sind Reformen heute nicht mehr möglich. Die zweimalige Wahl Donald Trumps hat es geoffenbart: Er trat seine erste Amtszeit an in voller Bereitschaft, mit beiden Parteien – sowohl dem Establishment der Republikaner, deren Kandidatur er gekapert hatte, wie mit den Demokraten, deren Mitglied er jahrzehntelang gewesen war – Deals zu schließen und aus der Mitte zu regieren. Aber man wollte es ihm nicht gönnen. Man wollte ihn in Grund und Boden fertigmachen. Er hat es sich gemerkt. Und gelernt, dass man Politik nur machen kann, wenn man zuvor Kehraus hält.

Früher oder später wird das auch uns bevorstehen! Auch wir haben unseren Frühjahrsputz verdient.

Ihr Jörg Mayer, Chefredakteur

Die Freiheit, die wir meinen



Es braucht eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen dem Staat und dem Einzelnen. Ein solcher Einzelner ist jeder von uns: jeder Einzelne, aber auch jede Familie und jedes Unternehmen. Wir Freiheitliche sind davon überzeugt, dass der Staat dem Einzelnen zu dienen hat, ihm Freiräume und Möglichkeiten zu schaffen und diese zu schützen hat, aber ihn nicht behindern soll und ihn schon gar nicht als seinen Untertanen interpretieren soll.

Es braucht eine Veränderung im Sinne eines klaren Bekenntnisses zur Freiheit: Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Kampf gegen Zensur, ein Bekenntnis zu mehr direkter Demokratie, zu einem österreichischen Patriotismus und zur Selbstbestimmung gerade auch im Zusammenhang mit der Europäischen Union und anderen supranationalen Organisationen. Wir sind als Österreich kein Filialbetrieb einer Brüsseler Konzernzentrale.

Unter einem proeuropäischen Kurs (und zu diesem bekenne ich mich) verstehe ich keine automatisierte Unterwerfung unter Vorgaben von EU-Institutionen, nein! Sondern für mich bedeutet proeuropäischer Kurs eine Zusammenarbeit, bei der das letztentscheidende Kriterium immer das Wohl und der Schutz der eigenen Bevölkerung zu sein hat. Und deshalb gibt es nicht nur das Recht, sondern es gibt die politische Pflicht, zum Schutz der eigenen Bevölkerung auch einmal Nein zu sagen, wenn es notwendig ist.

Herbert Kickl: Pressekonferenz zum Ende
der Koalitionsverhandlungen am 12.2.2025





Theorie



Reichsratsaal des Parlamentes in Wien
Photographie von Josef Wlha, um 1900

Norbert Nemeth

Zum Demokratiebegriff

Über Harmonie und Dissonanz zweier Verfassungsprinzipien



„Jede Verfassung baut auf gewissen grundsätzlichen Ideen auf, nach welchen die staatliche Ordnung gestaltet sein soll. [...] Übereinstimmung herrscht über das Bestehen des demokratischen, republikanischen, bundesstaatlichen und rechtsstaatlichen Prinzips. Auch das liberale und das gewaltenteilende Prinzip werden hier als Grundprinzipien betrachtet.“

Diese Definition stammt aus dem Klassiker der Lehrbücher des österreichischen Verfassungsrechts. Vor diesem Hintergrund interessieren an dieser Stelle vor allem zwei Begriffe, die zunehmend in einen Widerspruch zu geraten scheinen. Es geht um das demokratische Prinzip auf der einen und um das liberale Prinzip auf der anderen Seite. Wie kann es sein, dass zunehmend behauptet wird, Parteien wie die FPÖ oder auch die AfD seien Demokratiefeinde? Will die FPÖ die direkte Demokratie ausbauen, wird ihr undemokratisches Verhalten zum Vorwurf gemacht. Unter einem wohlwollenden Auge des Bundespräsidenten konstituieren sich sogenannte Bürgerräte, an deren Forderungen sich „die Politik zu halten habe“, obgleich ihnen jegliche demokratische Legitimation fehlt. Offenbar ist zwischen diesen beiden Bauprinzipien unserer Verfassung etwas ins Rutschen geraten und aufklärungsbedürftig.

Bleiben wir zunächst beim Lehrbuch, in dem definiert wird, dass der demokratischen Idee der Gedanke zugrunde liegt, „dass die Rechtsunterworfenen selbst das Recht erzeugen sollen. Dies deshalb, um eine möglichst große Freiheit des einzelnen [...] zu sichern, eine Identität von Herrschern und Beherrschten herbeizuführen. [...] Neben der Freiheit ist die politische Gleichheit ein wesentlicher

Bestandteil der demokratischen Idee.“ Damit eng verwoben ist das liberale Prinzip, das lehrbuchmäßig wie folgt definiert wird: „[...] so will der liberale Gedanke die Freiheit – oder genauer: einen Bereich der Freiheit – dadurch gewähren, dass er dem Staat Grenzen setzt und bestimmte Lebensbereiche von staatlicher Regulierung ganz oder teilweise ausnimmt und damit Freiheit vom Staate einräumt. Ausdruck des liberalen Prinzips sind die Grund- und Freiheitsrechte [...].“

Obgleich sich diese theoretischen Ausführungen wie ein Auszug aus dem Parteiprogramm der FPÖ lesen, wird der FPÖ in der tagespolitischen Auseinandersetzung gebetsmühlenartig der Vorwurf gemacht, die „liberale Demokratie“ abschaffen zu wollen, und zwar ungeachtet dessen, dass sowohl das demokratische wie auch das liberale Prinzip tragende Säulen freiheitlicher Politik sind. In diesem Lichte stellt sich die Frage, ob die Kritiker freiheitlicher Politik unter den Begriffen „Demokratie“ und „liberal“ etwas anderes verstehen, als gemeinhin gemeint ist, oder ob man versucht den Gehalt dieser Begriffe auszutauschen – mit anderen Worten: ihnen peu à peu einen anderen als den ursprünglichen Sinn geben will. Stimmt die Annahme der schleichenden Umdeutung, ist zu klären, wer dieser „man“ ist und worin die



Wozu ein revolutionärer Kampf, wenn danach, in einer Volksvertretung, ohnehin nur die Wünsche der Bourgeoisie befriedigt würden?



Umdeutung besteht. Dabei lohnt ein Blick an den Beginn des letzten Jahrhunderts, als die großen europäischen Dynastien und Reiche endgültig abstarben.

Die Demokratie: proletarische Diktatur oder bürgerlicher Parlamentarismus?

Blicken wir nach Russland, so erkennen wir bei Lenin, dass sich seine Vorstellung einer „wehrhaften Demokratie“ auf die Arbeiterschaft, somit auf die „Diktatur des Proletariates“, das 1917 in Russland circa 5% der Bevölkerung ausmachte, verengte. Zu keiner Zeit hatte er eine bürgerliche Demokratie, in der er mit seiner Partei bei Wahlen die Mehrheit erringen könnte, vor Augen, sondern wollte die Macht aus dem Klassenkampf heraus erringen: „Wozu ein revolutionärer Kampf, wenn danach, in einer Volksvertretung, ohnehin nur die Wünsche der Bourgeoisie befriedigt würden?“ Somit wichen die Hoffnungen auf eine demokratische Entwicklung Russlands den Bajonetten der Rotgardisten.

Anleihen nahm Lenin bei der *Pariser Kommune* von 1871 und beim *Grande Terreur* der Jakobiner 1793/94, zumal „ohne jakobinische Gewalt die Diktatur des Proletariats eine leere Phrase“ sei.



Titelseite der Zeitschrift AIZ, 1932

Es ging Lenin somit nie um die Errichtung einer bürgerlichen Demokratie, wie sie zum Beispiel für die Revolution von 1848 typisch war, sondern um die gewaltsame Durchsetzung einer marxistischen Gesellschaft, also einer „proletarischen Demokratie“. Durch Säuberungen und Quoten-Terror wollte man zu einer „Purifikation“, nicht zu einer pluralistischen Gesellschaft, gelangen. Dabei machte Lenin klar, dass „Freiheit und Demokratie nicht für alle da seien, sondern lediglich für die ausge-

beuteten Massen“. Diese „Purifikation“ forderte allein zwischen Oktober 1917 und Februar 1922 rund 280.000 Todesopfer. Dahinter stand der feste Glaube, der Sozialismus sei nur durch die konsequente Vernichtung seiner Gegner realisierbar.

Dennoch scheute Lenin sich nicht, den Begriff der Demokratie zu verwenden, wenn er von der „demokratischen Revolution“ sprach oder von der „revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“. Hier geht es eben nicht um das Mehrheitsprinzip im Staate, sondern um die Übernahme der Macht durch die bolschewistische Partei, die nach Ansicht Lenins das Volk (gemeint waren damit ausschließlich Arbeiter und Kleinbauern) repräsentierte. Nicht zum Volk gehörten der



Der Sozialismus sollte auf dem Wohlstand der bürgerlichen Gesellschaft aufbauen, nicht hinter sie zurückfallen.



Klassenfeind und die Anhänger des Zarisismus. Eine zentrale Rolle bei dieser Form der „Demokratisierung“ spielten gewaltsame Enteignungen. Diese kamen aber nicht den Kleinbauern und Proletariern zu Gute, zumal die enteigneten Güter ihnen nicht ins Privateigentum übertragen, sondern verstaatlicht wurden. Anstatt der erhofften Sozialisierung erntete man bislang unbekannte Hungersnöte und die Realisierung von Gewaltphantasien.

Nichts anfangen konnte Lenin mit dem „korrupten und verfaulten Parlamentarismus“ als ein „System der Einwirkung der Bourgeoisie auf die Lohnsklaven“. Ähnlich ablehnend äußerte sich Rosa Luxemburg, wenn sie über ihre Genossen von der SPD als „Zöglinge des parlamentarischen Kretinismus“ herzog und im Gegenzug Lenins Methode lobte: *„Nicht durch Mehrheit zur revolutionären Taktik, sondern durch revolutionäre Taktik zur Mehrheit geht der Weg.“* Mit anderen Worten entlarvt sich hier linke parlamentarische Arbeit als bloß zwischenzeitiges Kampfmittel zur Realisierung einer fundamentalen Umwälzung im Sinne jener permanenten Revolution, an deren Ende die Realisierung der kommunistischen Utopie stehen soll.

Im Kulturmarxismus: Und das Sein folgt dem Bewusstsein doch...

Derweil die rote Revolution im Osten ihren totalitären Lauf nahm, scheiterte sie in Städten wie Wien, Berlin und München, wo sich das Modell der parla-



DDR-Plakatwerbung, 50er Jahre

mentarischen Demokratie durchsetzte – ein Umstand, der eine Krise des Marxismus nach sich zog! Vor diesem Hintergrund versammelten sich einige wenige marxistische Intellektuelle, um zu erforschen, warum sich das Proletariat nicht gegen die Klassengesellschaft erhebt. Horckheimer, Adorno und Marcuse sind die wichtigsten Repräsentanten dieser „Frankfurter Schule“. Ihr erster Direktor war der Austro-Marxist Carl Grünberg. Dieser kleinen Gruppe war bewusst, dass man den Marxismus auf der Straße nicht realisieren kön-

ne. Deshalb entwickelte man eine andere Strategie, nämlich im Wege einer Symbiose aus Marxismus und Freud'scher Psychoanalyse eine breite Bewusstseinsänderung herbeizuführen. Der Sozialismus sollte auf dem Wohlstand der bürgerlichen Gesellschaft aufbauen, nicht hinter sie zurückfallen.

Die angestrebte Bewusstseinsänderung zeigte vor allem 1968 ihre Wirkung. Ein Jahr danach wurde Willy Brandt Bundeskanzler. In seiner ersten Regierungserklärung versprach er: *„Wir wollen mehr Demokratie wagen. [...] Bildungsplanung muss entscheidend dazu beitragen, die soziale Demokratie zu verwirklichen.“* – ein offenes Wort, das nicht weniger als einen Kulturkampf eröffnete, zumal mit der „sozialen Demokratie“, die es zu erlernen galt, offenkundig etwas anderes gemeint war als das der Verfassung zugrunde liegende Mehrheitsprinzip. „Demokratisierung“ wurde zum Reizwort. Einer von Adornos Schülern, Fritz Vilmar, definierte es glasklar: *„Demokratisierung ist also der Inbegriff*



*Mit der Politisierung des Privaten ging
eine Pseudo-Moralisierung der Politik einher.*



aller Aktivitäten, deren Ziel es ist, autoritäre Herrschaftsstrukturen zu ersetzen durch Formen der Herrschaftskontrolle von „unten“ [...].“

Mit anderen Worten sollten alle Lebensbereiche politisiert und dadurch die bestehenden Gesellschaftsverhältnisse einem Zersetzungsprozess ausgesetzt werden. Das sollte vor allem dort geschehen, wo traditionelle Hierarchien am Werk waren. Im Fokus stand der „autoritäre Charakter“, wie er in Familienvätern, Lehrern oder Unternehmern ausgemacht wurde. Erst wenn diese traditionellen Strukturen zerschlagen sind, könne eine „gerechte“, nämlich eine marxistische Gesellschaft errichtet werden. Mit der Politisierung des Privaten ging eine Pseudo-Moralisierung der Politik einher.

Als Beispiel einer solchen „Demokratisierung“ in den 1970er-Jahren können die Pläne zur Einführung der Gesamtschule (z.B. in Hessen) gesehen werden. Schlagwörter wie „Chancengleichheit“ und „Bildungsgerechtigkeit“ sollten eben durch jene „Demokratisierung“ der Schule realisiert werden. „Marx statt Rechtschreibung“ hielten damals jene Konservativen, die erkannten, dass es sich in Wahrheit um eine Erziehungsrevolution handelte, entgegen, zumal mit der anderen Form der Schule auch andere Lehrinhalte verbunden waren. Einer ihrer schärfsten Kritiker, Thomas Nipperdey, brachte es auf den Punkt, wenn er von einer *hidden agenda*, die letztlich die pluralistische und liberale Demokratie beseitigen wolle, sprach.



DDR-Plakat zur Bodenreform, 50er Jahre

Im Fadenkreuz dieser „Demokratisierung“ steht aber nicht nur das staatliche Bildungssystem, sondern stehen v.a. auch die privaten Wirtschaftsunternehmen samt dem Industriekapital, somit der historische Erzfeind des Marxismus. Dabei beginnt der Forderungskatalog bei weichen Themen wie der Frage nach der „Leitungskultur“, geht dann über zur „Demokratisierung ihrer Eliten“, um letztlich die Besitz- und Verteilungsfrage zu stellen: Wer darf entscheiden, was mit dem Unternehmen geschieht? Der Eigentümer? Oder

alle, die dort arbeiten? Oder die Regierung? Was unter dem Schlagwort der Mitbestimmung beginnt, kann somit rasch in einer Enteignungsdiskussion münden. Gegenwärtig sind Enteignungsprozesse in vollem Gange – nicht formal, sondern materiell. Damit ist gemeint, dass die Summe der Vorgaben, wie der Eigentümer mit seiner Sache zu verfahren hat, stetig zunimmt. Seine Kompetenz verringert sich peu à peu, bis sein Eigentumsrecht auf eine formale Hülle, die bloß noch aus Pflichten besteht, zusammengeschrumpft ist.

**Mit liberalen Vorzeichen: Was bleibt
von der Volkssouveränität?**

Besondere Vorsicht ist heute beim Begriff der „liberalen Demokratie“ geboten. Wir verstehen unter Demokratie – im Einklang mit Artikel 1 B-VG – die Methode des Mehrheitsprinzips im Staate. Unter „liberaler Demokratie“ wird hingegen ein Staat be-



*In der „liberalen Demokratie“ geht das Recht zwar vom Volke aus,
allerdings nur unter der Maßgabe einer elitären Einhegung.*



geschrieben, der bestimmte materielle Kriterien erfüllt. Es handelt sich um einen Begriff, der nicht aus der Rechtswissenschaft, sondern aus der Soziologie und der Politikwissenschaft stammt.

Das von Wolfgang Merkel entwickelte Konzept der eingebetteten Demokratie charakterisiert die liberale Demokratie als ein aus fünf Teilregimen bestehendes System, nämlich: a) ein demokratisches Wahlregime, b) das Regime politischer Partizipationsrechte, c) das Regime bürgerlicher Freiheitsrechte, d) die institutionelle Sicherung der Gewaltenteilung sowie e) die Garantie, dass die effektive Regierungsgewalt den demokratisch gewählten Repräsentanten obliegt. Diese Definition von Merkel steht zur FPÖ-Programmatik in keinem Widerspruch, dennoch muss beim Begriff der „liberalen Demokratie“ Vorsicht walten:

Eine gute Darstellung, was man sich unter einer „liberalen Demokratie“ vorstellen kann, findet sich bei Ralf Dahrendorf in *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland* aus dem Jahre 1971, nämlich: eine innere Demokratisierung der Gesellschaft, somit einen Umbau der traditionellen Gesellschaft in eine weniger autoritäre. Ganz im Sinne der Frankfurter Schule sollen hier traditionelle Säulen, wie zum Beispiel das Familienbild oder die Bindung an

Regionen und Konfessionen, überwunden werden. Dahrendorf wirft aber eine hochinteressante Frage auf, nämlich wer darüber entscheiden soll, unter welchen „liberalen“ Vorbedingungen Demokratie überhaupt stattfinden darf. Der Souverän, das Volk, kann es nicht sein, denn der könnte sich für einen „illiberalen“ Weg entscheiden.

Es muss somit an einer Elite liegen, jene Strukturen zu gewährleisten, die die Realisierung der politischen Verfassung voraussetzen. An dieser Stelle offenbart sich freilich ein unübersehbares Problem, nämlich die mangelnde Legitimation dieser (selbsternannten) Elite. Vor diesem Hintergrund wird klar, wie es möglich ist, dass der von der FPÖ geforderte Ausbau der direkten Demokratie mit nahezu biblischem Eifer verfolgt wird. In der „liberalen Demokratie“ geht das Recht zwar vom Volke aus, allerdings nur unter der Maßgabe einer elitären Einhegung.

Fazit: die Sozialisten wollen die Demokratie in ihren Sozialismus einbetten, die Liberalen in ihr Elitedenken. Da wie dort wird der Souverän, das Volk, bevormundet, wobei die Begrifflichkeiten verschwimmen. Liberal und sozial verschmelzen bald einmal zu sozial-liberal. Was bleibt, ist die Absicht der ideologischen Einhegung von links.

Literatur:

Walter/Mayer/Kucsko-Stadlmayer: *Bundesverfassungsrecht*; Manz; 2007.

Verena Moritz/Hannes Leidinger: *Lenin. Die Biografie. Eine Neubewertung*; Residenz; 2023.

Jörg Später: *Adornos Erben. Eine Geschichte aus der Bundesrepublik*; Suhrkamp; 2024.

Ralf Dahrendorf: *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*. 5. Auflage. DTV, 1977

Gerhard Schlüsselberger

Die Ungleichheit der Menschen

Teil 4: Zusammenfassung und Schlussfolgerungen



Zum Abschluss dieser Artikelserie werden zunächst die wesentlichen Erkenntnisse aus Humanethologie, Sozialpsychologie und Soziologie, die in den Ausgaben 37, 38 und 39 des *Attersee Reports* vorgestellt wurden, in chronologischer Reihenfolge zusammengefasst, um auf dieser Basis zentrale Implikationen für unser politisches Gemeinwesen aufzuzeigen.

Die Humanethologie als empirische Wissenschaft beschäftigt sich mit jenen menschlichen Verhaltensweisen, die als angeboren gelten bzw. angeborene Grundlagen haben. Dabei ist die alte Streitfrage, ob es so etwas wie „angeborene“ Wurzeln für menschliches Verhalten überhaupt gibt, mittlerweile entschieden: Beide Faktoren, „Nature“ (die menschlichen Erbanlagen) ebenso wie „Nurture“ (also sozio-kulturelle Einflussfaktoren), spielen für die Entwicklung des menschlichen Verhaltens eine wesentliche Rolle, vor allem dann, wenn sie sich im Hinblick auf Funktionalität und Zweckmäßigkeit ineinanderfügen und gegenseitig stützen. Mit anderen Worten kann man in diesem Zusammenhang von einem biologischen Erbe, also einem Bestand an physischen Realitäten, sprechen, die den Gruppenbildungsprozessen des Menschen vorgelagert sind und auf dem jene aufbauen. Diese unhintergehbaren, basalen Fundamente gestalten sich freilich vielschichtig und mannigfaltig. Von besonderer Wichtigkeit sind jedoch die sogenannten Universalien, die alle Menschen von Geburt an teilen, ganz gleich wo sie zur Welt kommen oder in welcher Kultur sie aufwachsen.

Eine dieser einflussreichen Verhaltensdispositionen, die im Großen und Ganzen aus unserem Pri-

matenerbe stammen, ist die Tendenz, Rangordnungen auszubilden, denn: Gefolgsgehorsam und die Bereitschaft zur Unterordnung sind dem Menschen ebenso angeboren wie das Rangstreben. Beides zusammen ergibt ein funktionelles System. In diesem Zusammenhang bedeutet aber prosoziale Dominanz nicht etwa die Unterdrückung und Unterwerfung aller anderen, sondern es handelt sich vielmehr um die Fähigkeit, Streit zu schlichten, gemeinschaftliche Aktivitäten anzustoßen und den Gruppenfortbestand zu fördern. Da solche Verhaltensweisen von den anderen Gruppenmitgliedern als Führungseigenschaft anerkannt werden, schließt sich damit der Funktionskreislauf und der „soziale Kitt“ kann laufend erneuert werden.

Ein anderer bedeutender Nachlass der menschlichen Entwicklungsgeschichte ist das Bestreben, Gruppenidentität auszubilden und aufrechtzuerhalten. Damit ist zunächst ein konkretes „Wir-Gefühl“ gemeint, das jedem Menschen per se geläufig ist: Die Eigengruppe genießt entsprechendes Ansehen, es kommt zur Unterscheidung zwischen „Eigenen“ und „Anderen“, gruppenspezifische Normen werden ausgebildet und erzieherische Aggression wird ausgeübt, um Normbefolgung zu erreichen. Das schärfste „Schwert“ im Arsenal der gruppeneige-



Je stabiler ein Gruppengefüge ist und je weniger es zu einem Austausch von Gruppenmitgliedern kommt, desto wahrscheinlicher werden gegenseitige Kooperation und desto unwahrscheinlicher sozialer Betrug.



nen Verhaltenskontrolle ist aber der soziale Ausschluss, den jedes typische Gruppenmitglied fürchtet und im Rahmen eines gedeihlichen Miteinanders vermeiden möchte. Zu guter Letzt sei noch der reziproke Altruismus hervorgehoben, der umso wahrscheinlicher wird, je vertrauter die betroffenen Partner sind und je weniger Fluktuation innerhalb einer gegebenen Sozietät herrscht. Je stabiler ein Gruppengefüge ist und je weniger es zu einem Austausch von Gruppenmitgliedern kommt, desto wahrscheinlicher werden gegenseitige Kooperation und desto unwahrscheinlicher sozialer Betrug.



Botaniker (Affen mit Blumen vase), Gabriel von Max, 1880

Die Sozialpsychologie, die sich ebenfalls als empirische Wissenschaft versteht, betrachtet den Menschen als ein soziales Wesen (wenn nicht als das sozialste aller Wesen), das ohne andere Menschen nicht dauerhaft existieren kann. Daher lässt sich jedes beliebige Individuum als „physiologische Frühgeburt“ und „Mängelwesen“ titulieren, das von Anfang an in ein Netz von Abhängigkeiten und zunächst widersprüchlich erscheinenden Antrieben verstrickt ist: hier die „totale“ Abhängigkeit in den ersten Lebensmonaten und Jahren, dort der kindliche Entdeckertrieb; hier das Bedürfnis nach Sicherheit und Schutz, dort die Neugierde und der Drang, in Gesellschaft von anderen zu sein. Fragt man nach dem Ursprung dieses ambivalenten Verhältnisses der sozialen Re-

gungen im Menschen, so lässt sich zunächst das „Urvertrauen“ zwischen dem Neugeborenen und seiner Mutter bzw. seinem unmittelbaren Umfeld nennen, welches das Gemeinschaftsgefühl des Menschen weckt und die Voraussetzung für alle weiteren sozialen Zusammenhänge ist. Insofern gibt es eine universelle Prädisposition des Menschen nach starken, stabilen und positiven Beziehungen nicht nur zu anderen Individuen, sondern auch in Bezug auf Gruppen. Schließlich bietet das Leben in Gruppen viele Vorteile, man denke nur an die zahlreichen Möglichkeiten, die verschiedensten Interessen zu befriedigen, beispielsweise im Zuge von Tauschprozessen, oder an die Leitlinien für situationsangemessenes Verhalten, die Gruppen dem einzelnen Mitglied zur Verfügung stellen.

Dabei ist es in den allermeisten Fällen weder sinnvoll noch notwendig, jemanden in eine Gruppe „hineinzuzwingen“, da die Gruppenmitglieder „wie von unsichtbarer Hand“ zusammengebracht werden. Bei genauerem Hinsehen lässt sich erkennen, dass die „magnetische Kraft“, die eine Gruppe bildet und in weiterer Folge erhält, typischerweise die Ähnlichkeit im Hinblick auf Interessen, Merkmale, Äußerlichkeiten, Vorlieben, Einstellungen usw. ist. Das, was tatsächlich oder auch nur eingebildet allen gemeinsam ist und sich in dem Ähnlichkeitskriterium manifestiert, bewirkt Entstehen und Bestand



Die auf der sozialen Identität basierende „Bevorzugung des Eigenen“ ergänzt nun den sozialen Ausschluss als weiteres „scharfes Schwert“ im Arsenal der verhaltenskontrollierenden und -korrigierenden Maßnahmen.



der Gruppe. Jede dauerhafte Gruppe bildet dann ein mehr oder weniger umfangreiches System an Gruppennormen aus, das vom Mitglied deshalb beachtet wird, weil es entweder a) zu einem Bestandteil seines individuellen Selbst geworden ist, oder b) durch die im eigenen Handeln bereits vorweggenommene Reaktion anderer Gruppenmitglieder (beziehungsweise aufgrund der Kombination aus beidem).

Die Internalisierung des gruppenspezifischen Normensystems wird dabei durch den Prozess der Sozialisation unterstützt. In dieser Phase wird dem neuen Mitglied erhöhte Aufmerksamkeit und Unterstützung entgegengebracht, damit es die gruppeneigenen Einstellungen und Verhaltensweisen leichter verinnerlichen kann. Die Assimilierung des neuen Mitglieds steht im Vordergrund, damit es à la longue „einer von uns“ werden kann. Diese enge Anbindung an die Gruppe führt zu einem weiteren wirkmächtigen Phänomen, das Henri Tajfel entdeckte und „Minimalgruppenparadigma“ benannt hat: Es führt unter anderem dazu, dass bei Vergleichen mit anderen Gruppen die jeweils eigene bevorzugt wird. Dieses Verhalten stellt sich sogar dann ein, wenn die Gruppe nur im Kopf (!) der jeweiligen Versuchspersonen manifest ist. Die daraus abgeleitete Theorie der sozialen Identität beruht im Wesentlichen auf drei Prämissen: Erstens streben die



Affen als Kunstrichter, Gabriel von Max, 1889

Gruppenmitglieder nach positiver Selbsteinschätzung. Zweitens ist ein großer Teil dieser Selbsteinschätzung die Mitgliedschaft in der Gruppe, weshalb der Bewertung der gesamten Gruppe, also ihrem Prestige, besondere Wichtigkeit zukommt. Und drittens erfolgt die Bewertung der Gruppenmitgliedschaft durch Vergleich mit anderen

Gruppenmitgliedschaften. Diese auf der sozialen Identität basierende „Bevorzugung des Eigenen“ ergänzt nun den sozialen Ausschluss als weiteres „scharfes Schwert“ im Arsenal der verhaltenskontrollierenden und -korrigierenden Maßnahmen, welche die Gruppe gegenüber ihren Mitgliedern zur Verfügung hat.

Die Soziologie als Dritte im Bunde entstand im Zuge der europäischen Aufklärung und versteht sich in erster Linie als Sozialwissenschaft, umfasst aber auch empirische Strömungen. Zunächst kann von der banal klingenden Basis ausgegangen werden, dass menschliche Verhaltensweisen von Wiederholungen geprägt sind. Denn anhand erlebter Regelmäßigkeiten werden Einstellungen und Erwartungshaltungen abgeleitet, die nicht nur für den einzelnen Menschen, sondern auch für das gruppenhafte Zusammenleben große Wichtigkeit haben. Durch die oftmalige Wiederholung der gleichen (oder einer sehr ähnlichen) Situation können Gesetzmäßigkeiten



*Die europäische Aufklärung und mit ihr die Errungenschaften
Demokratie, Wissenschaft und Industrialisierung beruhen im Wesentlichen
auf einer Transformation der intellektuellen Fähigkeiten.*



ten erkannt und Verhaltensweisen entsprechend adaptiert werden. Dies gilt nicht nur für das Zurechtfinden des Individuums in der Welt generell, sondern auch im Umgang der Menschen untereinander, zumal ein gleichförmig gesetztes Verhalten des einen auch Auswirkungen auf das Verhalten des anderen bzw. der Gruppe hat.

Dieser innere „Zwang“, Regeln für alles Mögliche zu etablieren bzw. die Tatsache, dass ein gedeihliches Miteinander als Gruppe nur dann realistisch ist, wenn die aufgestellten Regeln im Großen und Ganzen auf freiwilliger Basis befolgt werden, gilt nicht bloß für das profane Vereinsleben, sondern im besonderen Ausmaß für den gegenwärtigen, neuzeitlichen Staat.

Denn in der modernen, aufgeklärten Gesellschaft herrschen nicht etwa deswegen größtenteils Recht und Ordnung vor, weil Polizei, Justiz und Rechtsstaat die Menschen durch Oppression und Verfolgung dazu zwingen würden, sondern weil die meisten Menschen dazu „erzogen“ wurden, sich freiwillig und ohne äußeren Druck an die jeweils vorherrschenden Regeln zu halten. Dies erfolgt freilich weder zu 100 Prozent noch rund um die Uhr, doch lässt sich verallgemeinern, dass der typische Bürger in einer funktionierenden Gesellschaft aus einem inneren Antrieb heraus die meiste Zeit ein „gutes Mitglied“ sein und sich an die allermeisten



Ein Club, Elias Martin, 1800

Gesetze halten will. Dies setzt naturgemäß voraus, dass eine ausreichend große Anzahl an Gesellschaftsmitgliedern auch über jene ungeschriebenen Regeln des täglichen Zusammenlebens einig ist, die quasi als unsichtbares Fundament jedwedem Gesetz vorangehen bzw. auf Basis der bisherigen Erkenntnisse vorangehen müssen. Daher lässt sich

sagen, dass der moderne, säkularisierte Rechtsstaat (gerade dann, wenn er in seiner liberalen Ausprägung sehr vielen Lebensstilen und Gewohnheiten tolerant gegenüberstehen will) nach wie vor von Voraussetzungen lebt, die er zwangsweise selbst nicht schaffen kann.

Vielmehr basiert er darauf, dass jene Werte und Einstellungen, die seinem juristischen Zwangsapparat vorausgehen, von den meisten Bürgern von Kindheit an „erlernt“ und in weiterer Folge akzeptiert werden. Die europäische Aufklärung und mit ihr die Errungenschaften Demokratie, Wissenschaft und Industrialisierung beruhen im Wesentlichen auf einer Transformation der intellektuellen Fähigkeiten, die mit einer Transformation der kulturellen Gegebenheiten verbunden ist und ohne diese nicht stattgefunden hätte. Umgekehrt steht zu befürchten, dass ein Absinken des kulturellen Niveaus binnen kurzer Frist auch zu einer Verringerung des intellektuellen Niveaus in der Gesellschaft führen wird. Abgesehen von der Frage, was dies für den ohnehin



*Der Staat moderner Prägung steht nun vor dem Problem,
die innere Einstellung im Hinblick auf die gelebte Kultur nur empfehlen
oder anregen, nicht aber erzwingen zu können.*



schon gelockerten gesellschaftlichen Zusammenhalt bedeuten kann, wird eine solche Entwicklung kaum dazu führen, den Wohlstand, an den wir uns alle gewöhnt haben, für die breite Masse der Bevölkerung zu erhalten, zumal große Teile der heutigen Wirtschaft vom Vorhandensein einer ausreichenden Anzahl an intelligenten und gut ausgebildeten Menschen abhängig sind.



Eine Gruppe dänischer Künstler in Rom, Constantin Hansen, 1837

Weiters lassen sich nun folgende Einsichten auf den Punkt bringen:

1. Das Phänomen „Kultur“ kann als ein Wertesystem betrachtet werden, das für die Einzelperson unter anderem die Funktion hat, den komplexen Strom der ontologischen Erfahrungen nach bestimmten Kriterien zu kategorisieren und zu strukturieren.

2. Darüber hinaus gibt eine konkrete Kultur eine Bandbreite an akzeptierten Verhaltensweisen vor, die dazu führen, dass existentielle Fragestellungen und mögliche Lebensmodelle außer Streit gestellt werden.

3. Dieses gemeinsame Fundament setzt voraus, dass nicht nur die innere Bereitschaft, sondern auch die entsprechenden Verhaltensdispositionen bei einer ausreichend großen Zahl an Menschen vorhanden sind, sich typischerweise nach den Regeln der konkreten Kultur zu richten und ihre Verhaltensvorgaben im Großen und Ganzen zu akzeptieren.

4. Gerade für die aktuellen Lebensbedingungen eines Nationalstaates ist es – als Phänomen der Moderne – erforderlich, dass relative Homogenität im Hinblick auf Sprache, Arbeitsethos, Erwartungshaltung für rationales Verhalten, usw. vorherrscht, widrigenfalls zentrifugale Kräfte den inneren Zusammenhalt abschwächen.

5. Umgekehrt sorgen die zentripetale Kraft der Ähnlichkeit, die disziplinierende Wirkung der Gruppenkonformität, der identitätsstiftende Einfluss des gruppenbezogenen Wir-Gefühls sowie die das Individuum motivierende Furcht vor dem „Ausgestoßen-Sein“ für jene innere Ausdifferenzierung und äußere Stabilität, die für die menschliche Sozialisation im Allgemeinen, für den modernen Nationalstaat aber im Besonderen, kennzeichnend sind.

6. Wenn nun im Bereich einer Kultur das vom jeweiligen Individuum verinnerlichte System an moralischen Wertvorstellungen, an praktischen Verhaltensregeln und an von der konkreten Bezugsgruppe als erstrebenswert vorgegebenen Handlungsziele durch andere „Konkurrenz-Kulturen“ abgelehnt und/oder in Frage gestellt werden, dann entstehen Verunsicherung sowie das Bedürfnis, Klarheit und Verbindlichkeit innerhalb dieses Systems wieder herzustellen.

Der Staat moderner Prägung steht nun vor dem Problem, die innere Einstellung im Hinblick



Sollen die Mitglieder des Gemeinwesens im Hinblick auf die Tatsache, dass sie auch zahlreiche Pflichten übernehmen und im Extremfall sogar ihr Leben geben müssen, bevorzugt behandelt werden?



auf die gelebte Kultur nur empfehlen oder anregen, nicht aber erzwingen zu können. Welche Implikationen ergeben sich daher aus diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen für das breite Feld des Politischen? Der Fokus liegt in den Augen des Verfassers eindeutig auf zwei entscheidenden Fragen: Wer wird als neues Mitglied in das Gemeinwesen aufgenommen und kommt damit in den Genuss von dessen Rechten und Vergünstigungen? Sollen die Mitglieder des Gemeinwesens im Hinblick auf die Tatsache, dass sie auch zahlreiche Pflichten übernehmen und im Extremfall sogar ihr Leben geben müssen, bevorzugt behandelt werden?

Die Antworten darauf lauten eingedenk der bisherigen Ausführungen: Erstens ist es das ursprünglichste Recht der Mitglieder einer Sozietät, darüber zu bestimmen, wer, wann und wie neues Mitglied werden kann. Zweitens liegt es auf der Hand, dass die starke Verhaltenstendenz, das „Eigene zu bevorzugen“, nicht nur implizit von Beginn an in jeder Gruppe angelegt ist, sondern sich dies auch mit der Erwartungshaltung der Gruppenmitglieder

deckt. Daraus lässt sich ableiten, dass das heute weit verbreitete Dogma, alle Menschen wären in einem tatsächlich gemeinten Sinne gleich, unhaltbar ist. Dies schmälert natürlich nicht das abendländische, aufgeklärte Verständnis von der unantastbaren Würde des Menschen, beispielsweise im Sinne Friedrich Schillers.

Es dürfte für den geneigten Leser auf der Hand liegen, dass politische Veränderungen im hier angesprochenen Umfang im Rahmen der parlamentarischen, indirekten Demokratie wohl kaum umgesetzt werden können. Denn zu groß ist die Verlockung, mit ungenügenden Kompromissen politisches Kleingeld zu wechseln und in erster Linie die jeweils eigene Klientel zu bedienen. Als Ausweg bietet sich das Instrument der Volksabstimmung als Bestandteil des direkt-demokratischen Prinzips an, zumal es sich dabei um den sogenannten integrationsfesten Kern der Verfassung handelt, weshalb das Ergebnis einer solchen Volksabstimmung vor einem nachträglichen Veto durch Organe der supranationalen EU geschützt sein würde. Aber das ist eine andere Geschichte...

1 Irenäus Eibl-Eibesfeldt: *Die Biologie des menschlichen Verhaltens*⁵, Piper Verlag GmbH, München 2004, 446.

2 Ernst-Wolfgang Böckenförde: *Staat, Gesellschaft, Freiheit*, 1976, 60.

3 Siehe dazu Georg W. Oesterdiekhoff: *Die Entwicklung der Menschheit von der Kindheitsphase zur Erwachsenenreife*, Verlag Springer VS, 2012.

4 Siehe dazu Michael Walzer: *Sphären der Gerechtigkeit*, Campus Verlag, Frankfurt/New York, 2006.

5 Siehe dazu Wilfried Noetzel: *Friedrich Schillers Philosophie der Lebenskunst*, Turnshare Ltd., 2006.

Jörg Mayer

The Parliament Act

Oder: Die Selbstausschaltung einer funktionierenden „Politie“



Die „Demokratisierung“ Europas, die im 18. Jahrhundert einsetzte und im 19. Jahrhundert ihr gewaltiges Momentum erreichte, hat im 20. Jahrhundert bekanntermaßen jede Nation des Kontinents ergriffen.

Brauchte es für die Zerschlagung der alten Monarchien dabei noch zum einen Teile ihr militärisches Niederringen, zum anderen Teile kommunistische Revolutionen, so vollzog sich der Prozess auch in formal monarchischen Staaten wie dem Vereinigten Königreich, dem beides erspart zu bleiben schien.

Hier „demokratisierte“ sich mit dem Parliament Act vom 11. August 1911 das vormals noch aristokratisch ausbalancierte Parlamentsregiment selbst.

Was war geschehen, das zu so einer verfassungspolitischen Revolution führen mochte? Die Vorgeschichte ist simpel: Das Unterhaus, ermittelt aus den diversen Wahlgemeinden (Commons) des Landes, und das Oberhaus, besetzt durch seinen Adel (Lords), waren im Streit gelegen, als sogenannte „Sozialreformen“ der liberalen Regierung nur im Unterhaus eine Mehrheit hatten, vom Oberhaus aber verfassungsgemäß immer wieder abgelehnt wurden. Da nun die starke konservative Mehrheit im Oberhaus zwar traditionell keine Budgetgesetze beeinspruchte, weil man das Entscheidungsprivileg des steuertragenden Volkes anerkannte, aber in anderen Belangen die Agenda der Liberalen ständig ausbremste, ging deren Regierung schließlich zu einem offenen Angriff über: Schatzkanzler David Lloyd George legte 1909 einen „Volks-Haushalt“ vor, der Grundbesitz-, Einkommens- und Luxussteuern einführen sollte, die in der Hauptsache die besitzenden Stände, zumal den konservativen Großgrundbesitz, trafen. Die

Konservativen um Arthur Balfour bevorzugten dagegen naturgemäß eine Staatsfinanzierung über Zölle und legten sich quer.

Diese Reaktion war eingeplant und der Schatzkanzler entfesselte daraufhin eine regelrechte Hetze gegen den Adel, die sich lupenreiner sozialistischer Klassenkampfrhetorik bediente. Ja, warum sollte überhaupt ein Erbadel etwas zu sagen haben im Lande, und weshalb trug dieser nicht mit seinem Besitze zur Volkswohlfahrt bei, wie es jedermann geboten erschien? Die Lords machten ihre Position klar: Sie würden das Budget sehr wohl passieren lassen, wenn die Regierung einen tatsächlichen Rückhalt im Volke dafür nachweisen könne. Das Parlament wurde vom König aufgelöst, die Neuwahlen 1910 brachten Verluste für die Regierung, die Position der Tories war gestärkt, gemeinsam mit der sozialistischen Labour-Partei und republikanisch gesinnten nordirischen Abgeordneten hatten die liberalen Whigs dennoch eine Mehrheit. Der Kampf ging weiter!



*1911 gaben die Lords nach und das Oberhaus stimmte,
um zumindest seiner Neubefüllung zu entgehen,
der eigenen teilweisen Entmachtung zu.*



Doch wie konnte nun, in diesem Patt, ein Weg vorwärts aussehen? Die ungeschriebene britische Verfassung kennt keine Möglichkeit, einen Dissens zwischen den beiden Häusern zugunsten einer Annahme des vom Unterhaus vorgelegten Gesetzes aufzulösen, als durch die Ernennung neuer Lords im Oberhaus,



Houses of Parliament, London

die dem Gesetz eine Mehrheit verschaffen würden. König Eduard VII. aber verweigerte die Ernennung neuer liberaler Lords, da er aus dem Wahlergebnis keine eindeutige Legitimation für den „Volks-Haushalt“ ersehen konnte. Doch der König starb bald darauf, und sein Nachfolger Georg V. ließ sich von liberalen Einflüsterern beschwätzen, den Konservativen mit der Ernennung von 400 neuen Lords zu drohen. *Roma locuta, causa finita.*

1911 gaben die Lords nach und das Oberhaus stimmte, um zumindest seiner Neubefüllung zu entgehen, der eigenen teilweisen Entmachtung zu, sodass das Unterhaus nunmehr ausdrücklich und endgültig die oberste Gesetzgebungsgewalt bestätigt bekam, wogegen dem Oberhaus nur mehr ein aufschiebendes Veto verblieb. Jegliche Mitbestimmung des Oberhauses in Finanzfragen wurde ausgeschaltet. Das fein austarierte Gleichgewicht zwischen den beiden Häusern und dem König, die sich die Souveränität

gleichsam gedrittelt hatten, wurde damit zerstört. Das, was Aristoteles einst unter dem Namen „Politie“ als die ideale Verfassung beschrieb, nämlich die monarchisch-aristokratisch-demokratische Mischverfassung, war Geschichte...

Die Bedeutung des Parliament Act von 1911 reicht freilich weit über

diese Verfassungsfragen hinaus. Das erste Mal war ein sozialistisches Budget im Vereinigten Königreich durchgesetzt worden, das ganz gezielt Wohlstand umverteilen sollte – zulasten des produzierenden Grundbesitzes und zugunsten eines Sozialsystems, das die öffentlichen Finanzen in den noch kommenden Jahrzehnten immer mehr zerrütten würde. Auch Sir Winston Churchill, obwohl selbst der konservativen Klasse entstammend, war an diesem Werk führend beteiligt. Er freilich bekam kalte Füße, als er bemerkte, dass es seiner Gesellschaftsschicht endgültig an den Kragen gehen sollte, und mit den Lords als Zielscheibe des revolutionären Ressentiments war er so oder so der falsche Mann: Hier, im Kampf gegen den alten anglo-normannischen Erbadel, erwies sich der gebürtige Waliser Lloyd George als der glaubhaftere Bannerträger.

Sowohl Churchill als auch Georg V. bereuten später, was sie mitangerichtet hatten. Aber es war zu



Die Interessen des global arbeitenden Kapitals hielten mehr und mehr Einzug, an die Stelle des aristokratisch geprägten Staates trat der bürokratische Verwaltungsapparat.



spät. Schon die kommenden Jahre zeigten den Abstieg des Vereinigten Königreichs von der imperialen Prosperität des Viktorianischen Zeitalters in die anti-monarchische Kriegspolitik des 20. Jahrhunderts, und während die britische Jugend auf dem europäischen Kriegsschauplatz verblutete, bluteten die



Houses of Parliament, St Stephen's Hall, London

zurückgebliebenen Familien ihren ererbten Besitz an den Fiskus aus. Doch so verheerend der ökonomische Abstieg war, der kulturelle Wandel sollte noch tiefer gehen: Vor dem Parliament Act war die Landelite angesehen gewesen, und wer in Handel und Wirtschaft zu Gelde gekommen war, investierte dieses bald in Landhäuser und ländliche Lebenskultur. Denn Land zu besitzen bedeutete politische Macht: Die ansässige Bevölkerung stimmte gern für den bekannten Kandidaten aus der eigenen Nachbarschaft, der wiederum genau hier am Lande seinen Rückhalt hatte. Dadurch blieben die Herren politisch unabhängig und die Parteien an die Heimat Erde gebunden – und mit ihr an die inhärenten Traditionen des Landes.

All dies änderte sich nun: Landbesitz wurde als Anlageform und Einkommensquelle uninteressant, er machte einen bald eher zum Objekt für revolutionären Hass als zum bevorzugten Wahlkandi-

daten, und selbst die Sitze im Oberhaus hatten ihre Macht eingebüßt. Die Interessen des global arbeitenden Kapitals hielten mehr und mehr Einzug, an die Stelle des aristokratisch geprägten Staates trat der bürokratische Verwaltungsapparat, der die alten Rechte des freien Engländer mehr und mehr

beschneiden sollte. Am Ende dieser Entwicklung stand die Vergemeinschaftung ganzer Wirtschaftszweige, von den Bahnlinien bis zu den Kohlegruben, während die landwirtschaftlichen Erzeuger bald zu Tode besteuert wurden. Steuern sind hierbei längst kein Mittel mehr zur Staatsfinanzierung, sondern dienen der gewollten Gesellschaftsumformung.

Damit bleiben drei wesentliche Ergebnisse des Parliament Act: 1. die Umerziehung der Massen zur Feindschaft gegenüber den Traditionen des heimatlichen Landes, 2. die Zerstörung des armee- und staatstragenden Standes der Gentlemen, 3. der Beginn einer Hochsteuerpolitik, die fortan den wirtschaftlichen und politischen Abstieg des Vereinigten Königreichs einleitete. An die Stelle einer freien und florierenden Gesellschaft trat der bürokratische Kältetod, der Verlust der Selbstachtung und die Aufgabe der zentralen Freiheiten.

Annika Stahn

Demokratie ohne Nachwuchs?

Es gibt keine Volksherrschaft ohne Volk



In medias res: Der Nachwuchs in unserem Land wird verzogen bis zur Demokratieunfähigkeit. Doch für den langfristigen Erhalt eines demokratischen politischen Systems ist es essentiell, dass Kinder von klein auf Kompetenzen erlernen, die sie dazu befähigen, sich in der Demokratie einzubringen, sich selbst fortlaufend zu bilden und informierte Entscheidungen zu treffen. Moderne Erziehungsmethoden tragen ihren Teil dazu bei, dass er hier bereits an den Grundlagen scheitert.

Durch das Wort zum Wort: Laut dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung haben bereits 27% der Kinder im letzten Kindergartenjahr vor ihrem Schuleintritt einen sogenannten Deutschförderbedarf. Dieser sinkt zwar innerhalb dieses Kindergartenjahres auf 23%, doch selbst wenn in den Bildungseinrichtungen die deutsche Sprache gefördert wird, sprechen daheim die meisten dieser Kinder mit Förderbedarf die Sprache ihrer Herkunftsländer. In einem Vergleich der Statistik Austria wird ersichtlich, dass seit dem Schuljahr 2006/07 der Anteil der Schüler mit nicht-deutscher Umgangssprache deutlich angestiegen ist. Lag dieser in besagtem Schuljahr noch bei 15,6 %, befand er sich 2022/23 bereits bei 27,3 %.

Auch der Ausländeranteil an Schulen steigt seit Jahren stetig und mit ihm der Förderbedarf. Auch hierzu die Zahlen des Bundesministeriums: Hatten wir im Schuljahr 2006/07 noch 9,2 % Schüler mit ausländischer Staatsangehörigkeit, stieg der Anteil im Schuljahr 2022/23 auf 19,4 % an. Viele Schüler haben wenig bis kein Sprachverständnis. Die Folge: Sie kommen im Unterricht nicht mit, sie werden abgehängt und bremsen durch den hohen Zeitaufwand, der benötigt wird um Grundlagen aufzuholen, andere Mitschüler massiv aus. Vier von zehn Grund-

schulern können nicht mehr sinnerfassend lesen. Wer nicht lesen kann, wird sich aber nicht eigenständig informieren können und in Folge dessen nicht in der Lage sein, sich eine Meinung zu bilden und diese angemessen zu artikulieren geschweige zu vertreten.

Auch der kulturelle Hintergrund migrantischer Schüler spielt eine nicht zu unterschätzende Rolle. Eltern aus nicht-demokratischen Herkunftsländern werden ihren Kindern kaum die Wichtigkeit ihrer Partizipation im politischen Geschehen vermitteln (und falls schon, dann oftmals im Sinne gruppenegoistischen Verhaltens, Stichwort: ethnische Wahl). Auf diesen Teil der nachfolgenden Generationen können wir also nicht hoffen, wenn es darum geht, unsere Demokratie für die Zukunft aufrecht zu erhalten. Zu groß sind die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte, um diesen Teil der Gesellschaft in unsere Kultur und unser politisches System einzugliedern.

Vom Elternhaus ins Hohe Haus

Die Erziehung, die Bildung und die politische Einstellung der Eltern entscheiden maßgeblich über den späteren Weg der Kinder. Sind die Eltern Akademiker, folgt der Nachwuchs auf diesem Weg meist nach.



Wir müssten unsere Kinder längst auf ganz andere politische Zeiten einstellen, sie auf den politischen Diskurs vorbereiten, ihnen klare Werte vermitteln und ihnen beibringen, worauf es ankommt.



Selbiges gilt für bildungsfernere Schichten, auch hier verbleiben die Kinder meist auf dem Bildungsstand der Eltern. Es sollte für uns aber standesübergreifend von größter Wichtigkeit sein, unseren Kindern politische Teilhabe (und zwar gemäß ihrer eigenen politischen Weltanschauung) vorzuleben und beizubringen. Nun liegen die Prioritäten junger Eltern aber augenscheinlich anders: Klassische Familienkonstellationen, Bewahrung von Traditionen, Weitergabe von Grundwerten und politischer Diskurs



Mutter mit Kind, Jean Egger, circa 1929

am Esstisch, das alles ist in vielen Familien längst Schnee von gestern. Schlimmer sogar, es ist reaktionär und gefährdet die gesunde Entwicklung und Persönlichkeitsentfaltung von Kindern, zumindest wenn man heutigen Erziehungsratgebern Glauben schenken möchte. Keine Erwartungshaltungen, die Druck erzeugen könnten, dafür emotionale Intelligenz, Empathie, flache Hierarchien und die Verbannung des Wortes „Nein“ aus dem täglichen Gebrauch, sind die höchsten Ziele der modernen Erziehung.

Aber die politische Landschaft hat sich längst massiv verändert. Ein Satz, der mich selbst noch und viele meiner Altersgenossen, die sogenannten Millennials, einst durch die Teenagerzeit geprägt hat, lautete: Die Jugend ist politikverdrossen! Das traf zumindest auf die deutschen Verhältnisse lange

zu. 2005 wurde in Deutschland Angela Merkel ins Amt gewählt. Ab diesem Zeitpunkt prägte eine Politik des Stillstands und des Aussitzens aller Krisen unseren Alltag, für die darauffolgenden 16 Jahre. Es ging uns scheinbar gut, große Katastrophen blieben aus, stetiges Wirtschaftswachstum usw. Es gab schlicht keinen Druck, politisch aktiv zu werden. Doch heute schaut alles ganz anders aus: in Deutschland wie in Österreich und in ganz Europa. Wir müssten unsere Kinder

längst auf ganz andere politische Zeiten einstellen, sie auf den politischen Diskurs vorbereiten, ihnen klare Werte vermitteln und ihnen beibringen, worauf es ankommt.

Doch die beliebteste Methode der Erziehung unter jungen Eltern ist immer noch: *Gentle Parenting*. Drei von vier Eltern richten sich nach den Grundlagen dieses Konzepts. Die lieben Kleinen nur keinem „unnötigen“ emotionalen Stress aussetzen! Bereits ein einfaches „Nein“, das in einem Kleinkind eine emotionale Reaktion hervorrufen könnte, sollte bestenfalls umschifft werden, stattdessen eine einfühlsame Konversation auf Augenhöhe versucht werden. In einer möglichen Konfliktsituation mit dem Kind, bei dem der Kinderwille dem des Elternteils entgegensteht, solle man vor allem Verständnis für den Gefühlsausbruch entgegenbringen. Man soll auf



*Es fehlt ihnen die Resilienz, die gerade
auch eine demokratische Auseinandersetzung
dereinst von ihnen verlangen würde.*



die Gefühle eingehen, sie erklären und dann eine gemeinsame Lösung für das Problem finden. Das Kind bloß nicht zu etwas zwingen, das es nicht mag, denn das führe zu seelischen Wunden!

Ein kurzes Beispiel, das kürzlich auf Instagram die Runde machte: Eine junge Frau beobachtet die folgende Szene... Eine Oma geht mit zwei kleinen Kindern an der Straße entlang, der ca. dreijährige Bub möchte dabei nicht an der Hand gehen. Die Oma sagt, er müsse an der Hand gehen, weil dort ja eine vielbefahrene Straße sei, und packt einfach die Hand des Jungen, der daraufhin einen Schreianfall bekommt. Die Oma lässt jedoch nicht locker. Die junge Mama, die diese Geschichte mitteilt, ist entsetzt über das Handeln der Oma. Wie kann sie ihn nur dazu zwingen, wo er doch nicht will! Die Kommentarspalte gibt der jungen Frau recht. Der kleine Bub ist vermutlich emotional geschädigt fürs Leben. Die Oma hätte an der Straße, mit dem anderen, kleineren Kind an der Hand, anhalten müssen und mit dem Dreijährigen in einen Dialog treten. Sollte er dann trotzdem nicht an der Hand gehen wollen, dürfe sie nicht „physisch übergriffig“ werden und ihn einfach festhalten.

Die Weiterentwicklung dieser Prinzipien können wir bereits heute beobachten: Die Gefühle stehen über allem, man darf in der Politik keine scharfe Rhetorik mehr fahren und soll ja auch bitte noch alle mit den gewünschten Pronomen ansprechen, alles andere könnte jemandes Gefühle verletzen. Ein schlechtes Gefühl reicht als Rechtfertigung für politische Entscheidungen, ja verleiht ihnen erst die höchste Legitimität.

Dadurch, dass Kinder heute aber Frustrationen mehr erleben oder ertragen müssen, wenn

etwas geschieht, das ihnen nicht gefällt, lernen sie auch im späteren Leben nicht damit umzugehen. Es fehlt ihnen die Resilienz, die gerade auch eine demokratische Auseinandersetzung dereinst von ihnen verlangen würde. Hierarchien und Autoritäten werden als Zumutungen empfunden. Da ein elterliches „Weil ich das sage!“ nicht mehr akzeptiert wird, muss auch das „Weil wir das so wollen!“ der Mehrheit in einer Demokratie nicht mehr akzeptiert werden. Diese Kinder werden eines Tages mit Schrecken feststellen, dass sich auf dem politischen Weltparkett im Zweifel keiner für die Gefühle des anderen interessiert.

*Doch wo nichts ist,
kann auch nichts erzogen werden*

In Österreich kamen im Jahr 2023 nur mehr 77.296 Kinder zur Welt. Das sind 1,32 Kinder pro Frau. Jeden zweiten Tag gibt es mittlerweile irgendwo eine Demonstration, sei es gegen die AfD in Deutschland, gegen die FPÖ in Österreich, seien es allgemeine „Demos gegen Rechts“ oder irgendwelche Aufmärsche aus „Angst um die Demokratie“ und für die Verteidigung der „Freiheitlich- Demokratischen Grundordnung“ oder sonstige Lichtermeere, Menschenketten und Versammlungen. Aber all diese ganzen „Demos“ werden zu nichts führen, wenn es eines Tages keinen *demos* mehr gibt, kein Volk, das demokratisch abstimmen könnte. Den Regierungen in Österreich und allen anderen europäischen Ländern sei eine 180-Grad-Wende in der Familienpolitik angeraten. Denn ohne eine starke Kindergeneration sind alle Sorgen um die Demokratie in unseren Ländern vergebens.

Was ist demokratische Gesinnung?

Auszüge aus der Rede des US-Vizepräsidenten
auf der Münchner Sicherheitskonferenz vom 14.2.2025

Von James David Vance



Die Bedrohung, die mich in Bezug auf Europa am meisten besorgt, ist nicht Russland, nicht China, nicht irgendein anderer externer Akteur. Was mich besorgt, ist die Bedrohung von innen. Der Rückzug Europas von einigen seiner grundlegendsten Werte. [...]

Jahrelang wurde uns gesagt, dass alles, was wir finanzieren und unterstützen, im Namen unserer gemeinsamen demokratischen Werte geschieht. Alles, von unserer Ukraine-Politik bis zur digitalen Zensur, wird als Verteidigung der Demokratie dargestellt. [...]

Ich schaue nach Brüssel, wo EU-Kommissare Bürger davor warnen, dass sie beabsichtigen, soziale Medien während Zeiten ziviler Unruhen abzuschalten – sobald sie das entdeckt haben, was sie als „hasserfüllte Inhalte“ einstufen. Oder in dieses Land, wo die Polizei Razzien gegen Bürger durchgeführt hat, die verdächtigt wurden, antifeministische Kommentare online gepostet zu haben, als Teil eines „Aktionstags gegen Misogynie im Internet“. [...]

Und vielleicht am besorgniserregendsten blicke ich auf unsere sehr geschätzten Freunde im Vereinigten Königreich, wo der Rückschritt bei den Gewissensrechten die grundlegenden Freiheiten insbesondere religiöser Briten ins Visier genommen hat. [...]

Nun sind wir an einem Punkt angelangt, an dem die Situation so schlimm geworden ist, dass Rumänien im vergangenen Dezember kurzerhand die Ergebnisse einer Präsidentschaftswahl annullierte – basierend auf den vagen Verdächtigungen eines Geheimdienstes und dem enormen Druck von seinen kontinentalen Nachbarn. [...]

Für viele von uns auf der anderen Seite des Atlantiks sieht es zunehmend so aus, als würden alte, eta-

blierte Interessen sich hinter hässlichen, sowjetisch anmutenden Begriffen wie „Fehlinformation“ und „Desinformation“ verstecken, weil sie einfach nicht ertragen können, dass jemand mit einer alternativen Sichtweise eine andere Meinung äußert, geschweige denn anders wählt oder – Gott bewahre – eine Wahl gewinnt. [...]

Ich glaube zutiefst, dass es keine Sicherheit gibt, wenn Sie Angst vor den Stimmen, Meinungen und dem Gewissen haben, die Ihr eigenes Volk leiten. [...]

Ebenso wenig können Sie ein Mandat gewinnen, indem Sie Ihren Wählern bei grundlegenden Fragen wie der, wer Teil unserer gemeinsamen Gesellschaft sein darf, nicht zuhören. Und von all den drängenden Herausforderungen, denen sich die hier vertretenen Nationen gegenübersehen, gibt es meiner Meinung nach keine dringendere als die der Masseneinwanderung. [...]

Kein Wähler auf diesem Kontinent hat an der Wahlurne dafür gestimmt, die Schleusen für Millionen unkontrollierter Einwanderer zu öffnen. [...]

Ich glaube einfach, dass den Menschen ihr Zuhause wichtig ist, dass sie ihre Träume schützen wollen, dass ihnen ihre Sicherheit und die Fähigkeit, für sich und ihre Kinder zu sorgen, am Herzen liegen. Und sie sind klug. [...]

Aber was die deutsche Demokratie – und überhaupt keine Demokratie, weder die amerikanische, noch die deutsche, noch die europäische – überleben wird, ist, Millionen von Wählern zu sagen, dass ihre Gedanken und Sorgen, ihre Hoffnungen und ihr Flehen um Erleichterung ungültig oder nicht einmal einer ernsthaften Überlegung würdig sind. Demokratie beruht auf dem heiligen Prinzip, dass die Stimme des Volkes zählt.



Praxis



Rolf Stolz

Hasenfuß im Sturm

Abstimmungen und Abstürze des Friedrich Merz



Parlamentarische Abstimmungen über Entschließungsanträge, die ohne Verbindlichkeit bleiben und von der Regierung unter ABLAGE P abgeheftet werden, sind in der Regel sterbenslangweilig. Und doch hat es sich in der bunten Wunderrepublik Deutschland begeben, dass am denkwürdigen 29. Januar 2025 CDU und CSU im Berliner Bundestag einen Antrag formulierten, der zu höchster Aufregung und Aufmärschen der Aufgeregten führte.

Die Forderung nach Begrenzung der Migration besaß nur mit den Stimmen der AfD eine Chance auf Verabschiedung. Der CDU-Führer hatte noch am 13. November 2024 geschworen, keine Anträge einzubringen, auf die sich nicht vorher SPD und Grüne verständigt hätten (plus im Gefolge FDP und die SED-Nachfolger, also die sogenannte „demokratische Mitte“), um unbedingt sicherzustellen, dass die AfD-Stimmen unerwünscht und unerheblich blieben. Nach Monaten erfolglosen Buhlens um Scholzens und Habecks Mitwirken hielt sich Merz nun auf einmal an die kühle Devise Adenauers: *„Was schert mich mein Geschwätz von gestern!“*



Immerhin war am 29. Januar 2025 eine knappe Mehrheit der Bundestagsabgeordneten dafür, hinzuschauen und zu handeln. 187 Abgeordnete der CDU/CSU, 75 AfD-Abgeordnete, 80 FDPler sowie 6 fraktionslose Abgeordnete stimmten der Entschliebung zu.



In einer Situation, wo das Land unter einem Ansturm kulturfremder und vielfach Integration und Assimilation verweigernder Asylwerber ächzt – unter ihnen mindestens zehntausend Gefährder und Gewaltbereite – ging es darum, zunächst einmal ein Signal des Widerstands und des Überlebenswillens zu setzen. Pastor Bernd Siggelkow, 1995 in Berlin Gründer und seither Vorsitzender des Christlichen Kinder- und Jugendwerks DIE ARCHE, hat die jetzige dramatische Situation treffend beschrieben: „Die Grünen fordern gerade den Nachzug von Familienangehörigen, besonders auch für illegale Flüchtlinge. Davor kann ich nur warnen – uns steht das Wasser bis zum Hals! Die Zukunft unserer Gesellschaft gerät ins Wanken, wenn wir nicht besser hinschauen.“

Immerhin war am 29. Januar 2025 eine knappe Mehrheit der Bundestagsabgeordneten dafür, hinzuschauen und zu handeln. 187 Abgeordnete der CDU/CSU, 75 AfD-Abgeordnete, 80 FDPler sowie 6 fraktionslose Abgeordnete stimmten der Entschliebung zu. Die nötige Mehrheit von 348 Stimmen gelang so – gegen einen Block der grünen, rosa und blutroten Realitätsverweigerer und Islambegünstiger. Roderich Kiesewetter, Monika Grütters, der zum *running joke* gewordene Marco Wanderwitz und seine Ehefrau Yvonne Magwas sowie Annette Widmann-Mauz, als



Deutscher Bundestag

Özgül-Nachfolgerin Merkels letzte Migrationsstaatsministerin, drückten sich ebenso wie sieben andere CDU-Abgeordnete als Nicht-Teilnehmer in die Büsche. Dies taten auch einzelne Abgeordnete der FDP wie Konstantin Kuhle und solche vom angeblich migrationskritischen „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW), das sich ansonsten geschlossen für das Enthaltungsnirvana entschied. Die CDU-Abgeordnete Antje Tillmann stimmte sogar gegen ihre Partei. Man ist versucht, es in der medienbeheizten Treibhaus-Atmosphäre im Reichstag schon als einen mutigen

Akt zivilen Ungehorsams zu sehen, dass einzelne Abgeordnete der SPD, der Linken und der Grünen wie die zwiegeschlechtliche Tessa Ganserer nicht an der Abstimmung teilnahmen.

Die demokratische Selbstverständlichkeit, dass im Parlament keine Partei den gewählten Abgeordneten einer anderen Partei verbieten kann, ihren Anträgen zuzustimmen, wurde prompt von einer großen Koalition aus Politikriminellen, Diplom-Spaltern, verhetzten Naivlingen und Ignoranten dazu benutzt, um Massenaufmärsche gegen die CDU und die AfD zu organisieren unter dem absurd-verlogenen Vorwurf, hier drohe ein neues „Dreiunddreißig“. Schaut man in die Gesichter derer, die hier aufzogen, oder derer, die im Januar 2024 gegen eine angebliche Potsdamer



Die Abstimmung über den Gesetzentwurf eines Zuwanderungsbegrenzungsgesetzes, die die CDU/CSU am 31. Januar 2025 beantragte, verlief anders als die über den Entschließungsantrag zwei Tage zuvor – nicht zuletzt durch zwischenzeitliche Intervention.



Geheimkonferenz aus dem November 2023 protestiert hatten, so fühlt man sich unwillkürlich an die begeistert Geifernden erinnert, die sich dereinst als das „gesunde Volksempfinden“ missbrauchen ließen: meist als Einzelmenschen harmlos und gutgläubig, wahrscheinlich zu weniger als einem Zehntel gewaltaffin und sadistisch, gefährlich aber im Kollektiv als Machtbasis und Herrschaftsinstrument einer fanatischen und bösartigen Führungsclique.

Gescheitert auf
den letzten Metern



Deutscher Bundestag

Die Abstimmung über den Gesetzentwurf eines Zuwanderungsbegrenzungsgesetzes, die die CDU/CSU am 31. Januar 2025 beantragte, verlief anders als die über den Entschließungsantrag zwei Tage zuvor – nicht zuletzt durch zwischenzeitliche Intervention einer sich für unentbehrlich haltenden politischen Untoten aus den Sümpfen der Uckermark: Angela Erika Merkel. Helmut Kohls missratenes „Mädchen“ hatte schon 2020 erfolgreich von Südafrika aus den gewählten Thüringer Ministerpräsidenten Thomas Kemmerich nach DDR-Rezepten liquidiert. Sie belegte mit einem Bannfluch, dass Merz „sehenden Auges erstmalig bei einer Abstimmung im Deutschen Bundestag“ eine Mehrheit mit den Stimmen der AfD ermöglicht habe. Mit 338 (10 weniger als am 29. Janu-

ar) gegen 349 Stimmen (5 mehr) wurde nun das Zuwanderungsbegrenzungsgesetz abgeschlossen, bei 5 Enthaltungen und 41 Absentisten – hochbezahlten Abgeordneten, die im schönen Berlin Besseres zu tun hatten, als das Leben der Deutschen und die Grenzen Deutschlands zu sichern.

Während der links-grüne Block geschlossen „Haltung“ zeigte, während bei der AfD lediglich ein kranker Abgeordneter fehlte, erreichte die CDU/CSU unter ihren Leuten zwar immerhin noch 94% Zustimmung, wohingegen es bei der FDP nur 74% und beim dieses Mal mehrheit-

lich zustimmenden BSW lediglich 70% waren. Der einstige Merkel-Adlatus Helge Braun, der am 29. Januar noch zugestimmt hatte, gehorchte zwei Tage später seiner Mutti und blieb draußen vor der Tür. FDP-Generalsekretär Heiko Buschmann schützte ein Hüsterchen vor und übermittelte seine Krankmeldung per X. Die zwei FDP-Abgeordneten Ulrich Lechte und Anikó Glogowski-Merten stimmten ehrlich und offen gegen Merz und für die grenzenlose Zuwanderungsmisere.

Der Gesetzentwurf hatte dauerhafte Grenzkontrollen und die Zurückweisung ausnahmslos aller Versuche illegaler Einreise gefordert – durch „*ein faktisches Einreiseverbot für Personen, die keine gültigen Einreisedokumente besitzen und die nicht*



Vorsorglich hatten vor der Bundestagsabstimmung zwei führende Befürworter einer Entkernung und Kastration ihrer Partei erklärt, das Zustrombegrenzungsgesetz, sollte es den Weg in den Bundesrat schaffen, ebendort zu Fall zu bringen.



unter die europäische Freizügigkeit fallen“. Außerdem sollten vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer nicht mehr auf freiem Fuß sein: „Sie müssen unmittelbar in Haft genommen werden.“ Ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder sollten künftig in einem zeitlich unbefristeten Ausreisearrest bleiben, bis sie freiwillig in ihr Heimatland zurückkehrten oder die Abschiebung vollzogen wurde. Es hieß in dem Antrag: „Aus diesem Arrest ist die freiwillige Ausreise ins Herkunftsland jederzeit möglich. Nicht mehr möglich darf hingegen eine Rückkehr nach Deutschland sein.“

Vorsorglich hatten vor der Bundestagsabstimmung zwei führende Befürworter einer Entkernung und Kastration ihrer Partei erklärt, das Zustrombegrenzungsgesetz, sollte es den Weg in den Bundesrat schaffen, ebendort zu Fall zu bringen: Daniel Günther, CDU-Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und Chef der nicht nur im Haupthaar roten DNA-Antifantantin Karin Prien, und Kai Wegner, der regenbogig Regierende CDU-Bürgermeister von Berlin.

Die fünfte Kolonne

Armer kleiner Merz – wer solche Parteifreunde hat, braucht keine Feinde mehr! Die kommenden Leute in der Partei, so scheint es, benötigen ihn nur noch als tarnendes Aushängeschild für eine Übergangszeit. Wenn er sich nur lange genug an der Brandmauer



Deutscher Bundestag, Besucherränge

den Kopf eingerannt hat – wird man ihn so abservieren wie die Stoibers und Laschets? Wahrscheinlich geht es dann in Richtung einer schwarz-grün-roten Einheitsfront der demokratischen Mitte (Imäßigkeit). Würden aber Teile der AfD für Pöstchen und Verbalkosmetik Verrat begehen und sich an den etablierten Block verkaufen, könnte auch eine neue pseudonationale Sammlungsbe-
wegung zusammenströmen, die alles verspricht und alles beim Alten belässt. Armes Deutschland! Man kann nur sagen: Österreich, du hast es besser.

Natürlich ist Merz intelligent genug, um zu erkennen, dass sein Gerede vom Halbieren der AfD nur ein hoffnungsloses Pfeifen im Walde ist. Nur eine Regierungsbeteiligung der AfD – ganz so, wie Boris Palmer, der parteilose, seit 2007 dreimal wiedergewählte Oberbürgermeister von Tübingen, bis 2023 dissidentisches Mitglied der Grünen, es anrät – bietet die Chance für einen Ausweg aus der babylonischen Gefangenschaft in Bündnissen mit ein bis zwei Linksparteien, die für eine desaströse Wirtschaftspolitik, Klimasektiererei, knechtische Unterwerfung unter die Brüsseler Bürokratie und globalistische Oberherren eintreten.

Nationale Souveränität, kulturelle Selbstverteidigung, wirtschaftliche Prosperität, ein Einhegen des ausufernden Sozialstaats, Neutralität und Friedenspolitik sind in den etablierten Machtkonstellationen nicht zu haben.

Brandmauer. Blutmauer.

Von Heimo Lepuschitz



Wenn Sie diese Zeilen lesen, wird das Attentat von Villach wieder vergessen sein. Die Betroffenheitsreden der Politiker sind verstummt, die Massenmigration geht weiter. Die Umdeutung, soziale Medien seien schuld, wird in den Köpfen platziert sein, Meinungsfreiheit als zu bekämpfende Ursache ausgemacht sein. Man wird über Sperren von TikTok diskutieren, über Messerverbotzonen (gegen von selbst zustechende Klingen) und Poller (gegen selbstfahrende Autos). „Demos gegen Rechts“ werden wieder zeigen, wo die wahre Gefahr für die echt sozialistische Demokratie lauert, denn Meinungsfreiheit bedroht die Pluralität.

„Anlasslose Massenüberwachung“ hat der ÖVP-Innenminister gefordert. Nicht sichere Grenzen oder gar Remigration von Verbrechern und Abzuschiebenden! Nein, die unkontrollierte Überwachung von unbescholtenen Bürgern ohne Richter oder Verdacht. Man will in Ihre Chats, in Ihre Wohnzimmer, und posten Sie ein lustiges Meme im Netz, in dem ein Minister als Schwachkopf bezeichnet wird, stürmt die System-Sondereinheit Ihr Schlafzimmer. Denn der Feind steht rechts, das ist klar, auch wenn Islamisten hie und da Kinder aufschlitzen. Es braucht eben mehr gemeinsames Engagement für „Vielfalt“ und gegen „Hass“ – und wir sind gerettet. Dafür marschiert man auch schonmal gemeinsam mit der Hamas gegen die einzige Demokratie im Nahen Osten, während gleichzeitig die Systemparteien von einer Brandmauer fabulieren.

Die letzte dichte linke Brandmauer Europas stand einst in Berlin – und niemand ist nach ihrem Fall in Richtung des Sozialismus gerannt. Die heutige Brandmauer aber ist längst ebenso eine Blutmauer geworden. Blut klebt an den Händen der Unbelehrbaren, auch der

unbelehrbaren „Konservativen“. Linke stehen immerhin zu ihren Überzeugungen, das kann man wählen oder nicht. Jene „Konservativen“ aber blinken nach rechts und koalieren dann links, gehen jeden Pakt ein, um sich Posten zu sichern. Ohne diese „Konservativen“ aber ist eine Systemwende derzeit nicht machbar.

Wahr ist: Die Scheinverhandlungen um eine Rechtskoalition in Österreich waren eine Farce. Niemals wollte die ÖVP diese Koalition wirklich. Man predigt „Kein weiter wie bisher!“, heuchelt Betroffenheit bei den täglichen Opfern der Massenmigration, aber man ändert nichts. Man sieht die Bildungskatastrophe, durch die in Wien fünf von zehn Volksschülern als außerordentliche Schüler aufsteigen dürfen, obwohl sie nicht in der Lage sind, dem Unterricht sprachlich zu folgen. Man weiß um alle Probleme, aber schaut ihnen einfach weiter zu.

Wir haben heute eine Brandmauer gegen Herz und Vernunft, einen Steinwall des Systems gegen Realität und Veränderung, der durch gesellschaftliche Veränderung von denen unterspült wird, die dieses System schützt. Unsere Demokratie ist in Gefahr – aber nicht bedroht von denen, die Missstände aufzeigen, sondern von den Blutmaurern, die stur mit Haltung und Ideologie auf die Wand zufahren und sagen, wir hupen eh ab und zu.

Österreich braucht eine Veränderung zurück zu Normalität und Hausverstand. Kommt diese nicht, wird dies das Ende unseres Wohlstandes, unseres sozialen Friedens und des Sozialstaates sein. Freiheit braucht Sicherheit – Sicherheit vor Kriminellen, aber auch vor dem übergriffigen Systemstaat. Freiheit braucht mutige, mündige Bürger. Seien Sie wachsam, es ist höchst an der Zeit!

Römischer Triumphzug,
aus: The Outline of History,
1920er Jahre



Feuilleton



Jörg Mayer

Res Publica

Wie wär's mit einer „Republik“ nach altrömischem Vorbild?



„Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ So beginnt unser Bundes-Verfassungsgesetz. Aber was ist das eigentlich, eine „Republik“? Nach der anspruchslosen Auslegung des Begriffes in unserer Rechtstradition heißt er einmal nur so viel, dass an der Spitze unseres Staates ein gewählter Amtsträger steht, kein erblicher Herrscher. Hieraus ergibt sich eine weitläufige Extension des Begriffes, denn viele verschiedene Verfassungen können dies erfüllen.

Doch kann der Inhalt dessen, was eine Republik“ ausmachen muss, auch sehr anspruchsvoll formuliert sein, sodass nur wenige heutige Verfassungen dem Kriterium genügen. In diesem Sinne formuliert etwa der US-amerikanische politikphilosophische Diskurs mitunter einen Gegensatz zwischen dem Begriff der Demokratie und dem der Republik, was sich auch in den beiden bestimmenden Parteien des Landes, der Demokratischen Partei und der Republikanischen Partei, auszudrücken scheint. Eine Demokratie, das sei *majority rule*, also die Herrschaft vom Volke, durch das Volk und für das Volk gemäß dem Mehrheitsprinzip. Eine Republik dagegen bestehe aus *checks and balances*, um genau diese demokratische Tyrannei einzuhegen.



*Zur Nobilität gehörte, wer entweder selbst
ein höheres Staatsamt bekleidete oder wessen direkte
Vorfahren ein solches innegehabt hatten.*



Im Falle der USA geschieht diese Einhegung 1. durch Trennung der legislativen und der exekutiven Gewalt, die durch verschiedene Wahlgänge und -modi bestimmt werden, 2. durch innere Aufspaltung der legislativen Gewalt in zwei gleichberechtigte Kammern, die einander wechselseitig blockieren können, 3. durch die Vetogewalt des Präsidenten, der jedem Gesetz zustimmen muss, 4. durch den föderalen Aufbau des Staates und die genaue Auflistung der Kompetenzen, welche die Gliedstaaten aus ihrer Souveränität dem Bunde übertragen haben, sowie 5. durch eine starke unabhängige Richterschaft.

Legt man nun zugrunde, dass eine Republik sich von der bloßen Demokratie dadurch unterscheidet, dass sie eine so geartete innere Balance aufweist, kann unser hiesiges System wahrscheinlich nur ansatzweise, zumal in seiner „realen“ Verfassung, als republikanisch im obigen Sinne gelten, denn sämtliche Regierungen in Österreich sind Produkte der Nationalratsmehrheit, die überdies per Beharrungsbeschlüssen de facto eine Einkammerherrschaft innehat, sich auch vom Bundespräsidenten nicht viel dreinreden lassen muss und wesentlich stärkere Durchgriffsrechte gegenüber den Bundesländern besitzt als in den USA der Bund gegenüber den Gliedstaaten.

Vielleicht aber ist es der falsche Ansatz, einen materiellen Vergleich der Regelwerke zu führen. Interessanter ist die viel grundlegendere Frage, welcher Verfassungstyp von einer Republik im beschriebenen Sinne im Unterschied zu einer Demokratie verwirklicht wird. Und hier scheint es doch so, als würde das amerikanische System neben dem demokratischen auch ein quasi-aristokratisches und ein quasi-monarchisches Element verwirklichen, sei es in Gestalt der auf lange Zeit gewählten Senatoren und der lebenslangen Höchststrichter, sei es durch den mächtigen Präsidenten und die von ihm ernannten Amtshelfer.

Aus dieser Gemengelage ergibt sich eine Art von Mischverfassung, die tatsächlich die *majority rule* in sinniger Weise ausbalanciert und in einer noch ganz anderen Weise *checks and balances* erzeugt als oben aufgelistet: nämlich als Ausgleich zwischen Volk, Elite und Präsidenten. Hiervon nun ist unser System tatsächlich weit entfernt und strebt so eine Mischverfassung auch gar nicht an, sondern versucht lediglich, den administrativen Staat an den demokratischen Souverän rückgebunden zu halten. Das hängt freilich damit zusammen, dass unsere Verfassung im frühen 20. Jahrhundert entstanden ist, während die amerikanische auf das späte 18. Jahrhundert zurückgeht, in dem die Antike als verfassungspolitisches Vorbild wiederentdeckt worden war. Anders als dem stark direktdemokratischen athenischen Demokratiemodell, wie es noch heute in den Schulen gelehrt wird, folgten die Gründerväter der USA dabei aber dem altrömischen Demokratiemodell der *res publica*. Warum diesem Modell und nicht jenem?

Die Perfektion einer Mischverfassung

Die Verfassung der römischen Republik ist natürlich kein unveränderliches System gewesen, sondern unterlag geschichtlichen Wandlungen. In ihrer entwickelten Spätform gestaltete sich in etwa so, wie im Folgenden beschrieben wird. Dabei ist zu beachten, dass das römische Volk, das sich in dieser Verfassung seine politische Gestalt gab, nur eine Minderheit in dem von seinen Amtsträgern beherrschten Gesamtreich bildete. Römisches Bürgerrecht besaßen die Bürgerschaft der Stadt Rom selbst sowie jene Pflanzstädte, die an politisch und militärisch wichtigen Punkten gegründet wurden und auf diese Weise Italien kontrollierten. Dazwischen lagen zahlreiche andere Stadt- und Landgemeinden, die entweder la-



*Der Senat war das große beratende Gremium
der Väter der Stadt, der patres conscripti, die den Konsuln
und ihrer Regierung als Staatsrat zur Seite standen.*



tinisches Bürgerrecht besaßen, also das privilegierte Bürgerrecht der Städte und Gemeinden Latiums, jenes Stammesgebietes, in dessen Mitte Rom lag, oder aber ihr jeweils eigenes Bürgerrecht, z.B. provinzielle Hauptorte oder die griechischen Poleis.

Neben dieser Unterscheidung zwischen römischer und nicht-römischer Bevölkerung ist erstere zu scheiden in das römische Volk in seiner Masse, die *plebs*, und den Adel, die *nobiles*. Zur Nobilität gehörte, wer entweder selbst ein höheres Staatsamt bekleidete oder wessen direkte Vorfahren ein solches innegehabt hatten. Dazwischen stand als Dritte die Ritterschaft, die *equites*, die sich durch den Aufstieg zu wirtschaftlichem Wohlstand als Händler oder größere Gewerbebesitzer von der Masse der Bauern und einfachen Arbeiter unterschied. Sie konnte sich auch die schulische Bildung leisten, die ggf. eine politische Ämterlaufbahn ermöglichte und damit den potenziellen Aufstieg in die Nobilität. Die Gesellschaft war sohin bis zu einem gewissen Grad ständisch durchlässig. Eine anachronistische Unterscheidung betraf außerdem die früheren Stände der „Plebejer“ und der „Patrizier“, erstere abstammend von Latinern, die von der frühesten Zeit der Stadt an aus dem Umland zugezogen waren, letztere sich zurückführend auf den innersten Kreis der ältesten Familien Roms.

Die Ämterlaufbahn, die ein gebildeter Römer durchlaufen konnte, begann mit der Quästur, bei der Aufgaben der Finanz- und Provinzialverwaltung ausgeübt wurden, und führte dann über das Ädilat, in dem umfassende Bereiche von der Markt- und Straßenaufsicht bis zu Polizei- und Feuerwehrwesen geregelt wurden, zur Prätur, die als erstes Amt seinen Träger mit *imperium*, d.h. Befehlsgewalt ausstattete, und vor allem juristische und ggf. militärische Aufgaben beinhaltete. Die oberste politische Leitung des Staates kam dem Konsulat zu, in dem sich die Kom-

mandogewalt bündelte: Zivile und militärische Gewalt waren in Rom nicht getrennt. Vorbedingung für den Beginn der Ämterlaufbahn, des *cursus honorum*, waren der Heeresdienst als Staboffizier, eine rhetorische Ausbildung, die sich z.B. im Zivilprozess erweisen konnte, und ein religiös lauterer Lebenswandel. An der Spitze des Staates galt das Doppelprinzip der Kollegialität und Annuität: Über den Quästoren, Ädilen und Prätores standen stets zwei Konsuln, die sich die Herrschaft ein Jahr lang teilten.

Neben diesen Ämtern der Exekutivgewalt waren auch Proprätur und Prokonsulat bedeutend, die von Prätores und Konsuln nach ihrem Amtsjahr angetreten wurden und die Verwaltung einer eroberten Provinz beinhalteten. Außerdem gab es das Volkstribunat, das ursprünglich als Rechtsschutz für das Volk gegenüber den Magistraten gedacht war, späterhin aber umfangreiche Vetorechte zugesprochen bekam, sowie das Amt des Zensoren, der die Senatslisten erstellte und dabei die Kontrolle über den guten Ruf von dessen Mitgliedern führte, sowie zahlreiche Priesterämter, an deren Spitze der *pontifex maximus* als Oberpriester stand.

Mit dem Begriff des Senats ist bereits ein entscheidendes Stichwort gefallen. Der *senatus* war das große beratende Gremium der Väter der Stadt, der *patres conscripti*, die den Konsuln und ihrer Regierung als Staatsrat zur Seite standen. Ergänzt wurden seine Mitglieder aus den gewesenen Amtsträgern, sodass also, wer eine Magistratur erfüllt hatte, im Kreise der versammelten Stadtväter seinen Platz nehmen konnte. Der republikanischen Verfassung nach war dieser Senat aber nicht der Gesetzgeber! Zwar versammelte sich hier die Amtsaristokratie der Republik, sodass seine Beschlüsse ein kaum zu überschätzendes Gewicht hatten, aber Gesetzeskraft erlangten diese darum noch nicht. (Ungeachtet dessen



Appius Claudius Caecus betritt den römischen Senat (Konsul und Zensor der Römischen Republik), Cesare Maccheri, um 1900

konnte der Senat aber den Staatsnotstand, das *senatus consultum ultimum*, ausrufen, der die Konsuln mit temporären Sondervollmachten ausstattete, um Schaden von der Republik abzuwenden.)

Die eigentliche gesetzgebende Gewalt lag in der römischen Republik bei der Volksversammlung, und sie war es auch, von der die Kandidaten in die Staatsämter gewählt wurden. Der Senat war dann insofern ein Teil des Gesetzgebungsprozesses, als jeder Amtsträger seine Gesetzesvorschläge nicht direkt bei der Volksversammlung einbringen konnte, sondern diese erst im Senat erörtern lassen musste. Die Volksversammlung selbst war nun ein durchaus kompliziertes System mehrerer Versammlungen. Die älteste Volksversammlung waren dabei die Kuriatkomitien, gegliedert in dreißig Abteilungen, die aus den alten patrizischen Stämmen Roms hervorgegangen waren und noch auf die Königszeit zurückgingen. Sie hat-

ten in der späten Republik noch gewisse Funktionen im sakralen Bereich bewahrt, spielten auch bei Adoptionen und Testamenten eine Rolle.

Bedeutend dagegen blieben noch bis über die Republik in die frühe Kaiserzeit hinaus die Zenturiatkomitien. Diese Volksversammlung war in 193 Zenturien eingeteilt, die fünf Vermögensklassen zugeteilt waren, von denen die Senatoren und die Ritter die erste bildeten. Die Gliederung stammte aus dem römischen Kriegswesen mit seinen Hundertschaften, wobei die Einteilung nach Vermögen darauf zurückging, welche Ausrüstung ein Krieger führte und ob er demnach zu den Rittern, den schwer- oder leichtbewaffneten Fußsoldaten oder den Trossdienern zählte – oder den Proletariern, die außer Nachkommen, *proles*, nichts beitragen konnten. Insofern bildeten die Zenturiatkomitien eine Art von Heeresversammlung und wurden nicht im



Entsendung des Marcus Atilius Regulus nach Karthago (Konsul und Feldherr während des Ersten Punischen Krieges), Cesare Maccari, um 1900

Stadtgebiet selbst, sondern auf dem Marsfeld abgehalten. Gewählt wurden in den Zenturiatkomitien die obersten Heerführer, sprich Konsuln und Prätores, sowie die Zensoren. Abgestimmt wurde dabei nach Zenturien, deren jede eine Stimme hatte, was die besitzenden Klassen bevorzugte. Naturgemäß gewannen mit dem zahlenmäßigen Anwachsen der Bürger in den unteren Zenturienklassen jene Bürger, die in eine obere Klasse fielen, verhältnismäßig mehr Einfluss. Auch wurden die Zenturien der Reihe von oben nach unten befragt, sodass die unteren Schichten oft gar nicht mehr drankamen. Historisch wurde ihre Bedeutung daher von demokratisch („populär“) gesinnten Politikern zu schwächen versucht, von aristokratisch („optimatistisch“) gesinnten Politikern dagegen gestärkt, unter welchen der berühmte Sulla ihnen schließlich die alleinige Gesetzgebungsmacht, bei verpflichtend vorhergehendem Senatsbeschluss,

übertrug, womit die Verfassung für einige Zeit einen starken aristokratischen Zuschnitt erhielt. (Noch Kaiser Augustus achtete die Zenturiatkomitien und ließ seine Kandidaten für Konsulat und Präturen vor ihnen wählen, seine Nachfolger entzogen ihnen aber diese Befugnis und führten damit die Transformation von einer demokratisch-aristokratischen zu einer aristokratisch-monarchischen Verfassung fort.)

Eine weitere Volksversammlung der republikanischen Zeit waren die Tributkomitien, in denen das Volk, gegliedert in fünfunddreißig Stämme, zusammenkam. Da die Stadtbevölkerung Roms auf nur vier dieser *tribus* verteilt war, hatten die einunddreißig ländlichen Wahlbezirke die überwältigende Mehrheit. Die Versammlungen fanden auf dem Comitium bzw. dem angrenzenden Forum Romanum statt, gewählt wurden die Ädile, Quästoren und weitere Ämter wie z.B. Militärtribunen. Bedeutsam war, dass hier auch



*Wie würde es ausschauen, diese
verfassungspolitischen Prinzipien heute umzusetzen?*



Gerichtsverhandlungen im Sinne der Volksgerichtsbarkeiten abgehalten wurden, ehe man diese zur Gänze eigenen Gerichtshöfen übertrug, die dann von Senatoren- und Ritterstand allein besetzt wurden.

Eine Sonderform der Volksversammlung und zugleich von höchster Bedeutung aber waren die von den Volkstribunen geleiteten Versammlungen der *concilia plebis*, die auch besagte Volkstribune wählten und mit der Zeit immer größere Gesetzgebungsgewalt gewannen. Sie waren hervorgegangen aus den Jahrhunderte zurückliegenden Sondertreffen der Plebejer in den alten „Ständekämpfen“ mit den Patriziern, weshalb letztere hier auch keinen Sitz hatten. Diese Versammlungen sahen sich an die Empfehlungen des Senats nicht gebunden und setzten regelmäßig Gesetze auf eigene Faust durch, denen der Senat dann oft *nolens volens* nachgab. Für demokratisch-populäre Politiker lag hier das wesentliche Betätigungsfeld, während aristokratisch-optimistische Politiker den Einfluss dieser direkten Plebiszite stets beschneiden wollten.

Ein Gedankenspiel

Ich möchte Sie nun, ausgehend von diesem kurzen Verfassungsabriss, zu einer kleinen Spielerei einladen: Wie würde es ausschauen, diese verfassungspolitischen Prinzipien heute umzusetzen? Was würde sich in einem Staat wie Österreich dadurch ändern? Was wäre unpraktikabel, was vorteilhaft? Nun, der auffälligste Unterschied wäre wohl: dass es kein Parlament in unserem Sinne mehr gäbe. Wir würden keine Abgeordneten mehr entsenden, sondern unsere Regierungsämter direkt wählen und zwar jedes davon in einer einzelnen Abstimmung. Parteien würde es zwar immer noch geben, diese wären aber eher informeller Art und würden sich mit der Zeit

wohl in Richtung zweier konkurrierender Wahlbündnisse entwickeln. Diese würden dann Kandidaten für alle Ämter aufstellen, dabei würde aber die Partei, welche die in der Bevölkerung weniger mehrheitsfähige Ideologie vertritt, bestrebt sein müssen, zumindest einige so populäre Kandidaten aufzustellen, dass diese jedenfalls durchkommen. Wahrscheinlich würden die Kandidaten entsprechend in jene Ämter gewählt werden, wo man ihnen persönlich oder dem Parteibündnis generell jeweils eine höhere Kompetenz zubilligt. Es würde also keineswegs ein *Winner-Takes-All-System* herauskommen, sondern eine ideologisch eher bunt gefächerte Beschickung der Regierungsämter.

Dabei müsste jeder Kandidat ein Mindestalter erfüllen, eine einschlägige juristische Ausbildung vorweisen können und einen Heerdienst mit wenigstens kurzer Offizierslaufbahn hinter sich haben. Jeder müsste mit dem Einstiegsamt als Quästor beginnen und in der Finanzverwaltung des Staates dienen, bevor er nach der Wahl zum Ädil weitergehende öffentliche Bereiche anvertraut bekäme. Diese niedrigeren Ämter würden von allen Österreichern in einem indirekten Wahlmodus gewählt, bei dem am Schluss z.B. jedes Bundesland oder jeder Bezirk eine einzelne Stimme abgibt. Als das zweithöchste Amt im Staate würden Prätores dann die Justizbehörden leiten, aber auch in Bundespolizei und -heer wirken, und über ihnen würden zwei Konsuln wie ein gleichberechtigter Bundeskanzler und Vizekanzler, die auch die Befugnisse des Bundespräsidenten und des Generalstabschefs auf sich vereinen, fungieren. Diese obersten Ämter würden nur von jenen Österreichern gewählt, die den Wehrdienst geleistet haben, und zwar nach einem Zensuswahlrecht, das Bürgern aus wohlhabenderen Gesellschaftsschichten ein höheres Stimmgewicht gibt. Die reichsten Österreicher bzw.



*Taugt unsere Gesellschaft
für einen guten Staat?*



gewisse Honoratioren wiederum würden eine eigene kleine Versammlung beschicken, der karitative und religiöse Belange oblägen, denn natürlich würde es in solch einer Verfassung einen staatlich beaufsichtigten Kultus geben. Alle Magistrate aber würden nur für ein Jahr amtieren.

Aus den gewählten Ämtern würde sich dann nach Ablauf der Amtszeit ein lebenslanger Sitz im Senat ergeben, der die parlamentarische Aufgabe der Diskussion von Fragen des Staatswohls übernähme. Alle Gesetzesvorhaben würden zuerst durch diese Kammer bestätigt werden müssen, was dem Staat einen ausgesprochen amtsaristokratischen Zuschnitt geben würde. Gleichzeitig aber müssten all diese Gesetze dann dem Volk zur Bestätigung vorgelegt werden, und gleichzeitig würde das Volk jederzeit die Möglichkeit zu Plebisziten auf eigene Initiative hin haben, was wiederum ausgesprochen basisdemokratisch wäre. Hier würde dann wirklich jeder Bürger im Staat seine Stimme abgeben können und jede würde gleichviel zählen, wobei diese Abstimmungen entweder einmal jährlich gesammelt in schriftlicher Weise stattfinden könnten oder fortlaufend über z.B. internetbasierte Abstimmungsprogramme. Über solche Verfahren würde die Bevölkerung auch ihre Volkstribunen bestimmen, die gegen Handlungen der Regierung, die dem Volke deutlich missfallen, interzedieren können.

Was bringen nun solche Gedankenspielereien? Es ist klar, dass viele Elemente nicht umsetzbar wären, etwa bei den richterlichen Aufgaben: Weder ist es möglich, die Vielzahl an heutigen Fällen Volksversammlungen oder Ausschüssen derselben vorzulegen, noch gäbe es genügend Senatoren, um als nebenberufliche Richter gemeinsam mit Geschworenen den Aufwand zu stemmen. Aber vielleicht mag gerade dieses Scheitern als ein Fingerzeig dienen: Ein Sys-

tem, das so viele Amtshandlungen nicht stemmen kann, muss sich ja auch in seiner Bürokratie bescheiden, was das unsere nicht muss. Insofern zäumt der Einwand, antike Verfassungen seien nicht praktikabel für unsere heutigen Bedürfnisse in einem modernen Staat, vielleicht das Pferd von der falschen Seite auf. Ebenso könnte man ja sagen, unsere heutigen bürokratischen Praktiken seien nicht praktikabel für eine wirklich gute Verfassung.

Damit möchte ich abschließend zu einer Frage anregen: Sollen wir eine Verfassung danach bewerten, ob sie zu unserem gesellschaftlichen Leben passe, und die passendere gut und die weniger passende folglich schlecht nennen? Oder sollten wir vielleicht unser gesellschaftliches Leben danach hinterfragen, ob es überhaupt noch tauglich sei, eine Verfassung wie die der alten *res publica* zu unterhalten, und es als schlecht erkennen, weil es das nicht mehr kann? Unter solchen Auspizien kehrt sich das Verhältnis zwischen Bürger und Staat wieder in ein wechselseitiges um: Nicht nur ist ein Staat erst gut, wenn er für den Bürger dienlich ist, sondern ein Bürger ist auch dann erst gut, wenn er für den Staat etwas taugt. Taugt unsere Gesellschaft für einen guten Staat?

Mit diesem Gedankengang tritt zu der Möglichkeit einer liberalen Einhegung und einer sozialistischen Einhegung auch die konservative Einhegung der Demokratie als dritte Option hinzu: Sie würde bedeuten, Demokratie als Staatsform zu bejahen, aber sie auszubalancieren gegen den natürlichen Vorzug des Höheren vor dem Niedrigeren, des Heiligen vor dem Profanen und des Vortrefflichen vor dem Gemeinen. Einer konservativen Verfassung würde dabei das Stück gelingen, so wie die altrömische *res publica* gleichzeitig (!) aristokratischer und demokratischer zu sein, als es unsere politischen Verhältnisse gegenwärtig darstellen.

Ansgar Sonntag

Starhemberg

Teil 2: Warum Starhemberg?



Im Frühjahr 1932 gewann Engelbert Dollfuß die Unterstützung Ernst Rüdiger Starhembergs: eine eher an den Feudalismus erinnernde Zweckallianz, die mehr auf dem Vertrauen zweier Männer beruhte als auf politischer Übereinstimmung, doch entwickelte sich daraus eine von hoher gegenseitiger Achtung getragene Freundschaft. Beide stammten vom Land – jedoch von den entgegengesetzten Enden der gesellschaftlichen Ordnung: Hier der uneheliche Sohn einer Bauerntochter und eines Müllergehilfen – wer heute auf dem Lande lebt, kann sich vorstellen, was dies 1892 bedeutete! Dort der Fürst.

Während heute ein sozialer Aufstieg die gesellschaftliche Ordnung in Frage zu stellen scheint, bedeutet er nach dem Denken des Ancien Régime deren Bestätigung. Ein Aufstieg, so schreibt Edmund Burke in den 1770er-Jahren, dürfe nur im Einzelfall die Folge von „Virtue“ sein, sonst ist er keiner oder zumindest ein suspekter. Und so ein Aufstieg müsse mühevoll sein, denn, so fährt Burke fort: „*Virtue is only proved by struggle.*“ Dollfuß und Starhemberg sind – als ehemalige kaiserliche Offiziere – ohnedies per Du. Dollfuß ist promovierter Jurist und ein hochgeachteter Fachmann für Landwirtschaft. vor allem aber: eine Kämpfernote, ganz nach dem Geschmack Starhembergs. Reibungslos freilich arbeiten sie nicht zusammen. Oft tauscht man am Morgen intensiv Tiernamen aus, um sich dann einzugestehen: Hier kommen wir nicht weiter. Man trifft sich abends erneut – einer von beiden hat stets grad eine neue Weinlieferung aus der Wachau erhalten. Nach einigen Flaschen ist Österreich erst einmal wieder gerettet.

Die Monate sind nicht leicht: Gemeinsam kämpft man um die Mehrheit für die sogenannte Lausanner Anleihe beim Völkerbund. Die Berliner Regie-

rung und die SPÖ spielen eine eher unschöne Rolle, spielen den National-Sozialisten in die Hände, die in Österreich schon vor dem 30. Januar 1933, dem Tag von Hitlers Machtergreifung im Deutschen Reich, Unheil stiften, wo es nur geht. Starhemberg prägt den Begriff des „braunen Bolschewismus“.

Im Herbst 1932 hatte er in Berlin die von Hitler als für einen Putsch als zu alt (und zu vertrottelt) qualifizierten Herren getroffen: von Papen, Schleicher und deren Entourage. Die sehen es freilich ganz anders: Den Hitler werden wir auf demokratisch verfassungsmäßigem Weg nie an die Macht lassen! Lieber einen Staatsstreich. Leider behalten Hitler und die Demokratie recht. Hätte man in Berlin gehandelt wie Dollfuß in Wien? Ein Bürgerkrieg mit zehntausenden Toten wäre die Folge gewesen. Furchtbare Zehntausende, und doch, verglichen mit den dann wirklich die Welt heimsuchenden Schrecken...

Starhemberg empfiehlt – trotz Spannungen – Major Fey an Kanzler Dollfuß als Sicherheitsminister. Eine katastrophale Fehlbesetzung! Nach Starhembergs Auffassung hat die Eitelkeit Feys und dessen Fehlbeurteilung der Lage zu Dollfuß' Tod



*An begangenen Fehlern mangelt
es nicht in meiner politischen Karriere.*



und damit letztendlich zur Eroberung Österreichs durch Hitler geführt. Insoweit fühlte sich Starhemberg persönlich für die Katastrophe des 13. März 1938 verantwortlich. Es lässt sich in seinem „Erinnerungen“ immer wieder spüren. Er bemerkt: *„Wer in meiner politischen Laufbahn Verfehlungen genau aufspüren will, wird unschwer zahlreiche Unterlassungssünden und noch zahlreichere solche finden, die aus Übereiltheit oder aus Impulsivität begangen worden sind. An begangenen Fehlern mangelt es nicht in meiner politischen Karriere.“*



Ernst Rüdiger Starhemberg, um 1935

Für einen noch nicht 40-Jährigen eine erstaunliche Distanz zu sich selbst! In den Erinnerungen welches Politikers liest man Vergleichbares? Fey provoziert zunächst – durch völlig unnötige und den Schutzbund demütigende – Durchsuchungen am 4. Februar 1933 den sozialdemokratischen Aufstand. Starhemberg hilft, ihn niederzuschlagen, doch versucht er auch überall, zu mäßigen. Als er einen Heimwehrmann einen gefangenen Sozialdemokraten schlagen sieht, verpasst er ihm eine Ohrfeige. Die Hinrichtungen nach dem Aufstand empfindet er als ungeheuerlich.

Die Todesstrafe versteht sich von selbst, muss sein, da, wo sie Sinn macht – so sieht es auch Starhemberg. Aber nicht bei einem schon geschlagenen Gegner! Er teilt die Auffassung mit Saint-Exupéry, mit dem er fünf Jahre später gemeinsam in der französischen Luftwaffe kämpft. Jenen verkitscht man im deutschen Sprachraum gerne zum Kleiner-Prinz-Märchenonkel, aber er schrieb auch: Keine kranke Gesellschaft werde gesund, wenn sie eingeschlafene Wachposten erschießen lasse, jede gesunde Gesellschaft aber tue es. Die beiden Herren

hätten sich gut verstanden.

Dollfuß versucht – zumindest ist dies die mit Dollfuß' Tochter übereinstimmende Auffassung Starhembergs – die Arbeiterschaft und die SPÖ zu gewinnen. Es scheitert an den grundverschiedenen Temperamenten von Dollfuß und Bauer: Man mag sich schlichtweg nicht. Doch mögen den Bauer ein Gutteil seiner Genossen ebenso nicht, weil er Jude ist. Denn Antisemitismus ist in Österreich kein Privileg der National-Sozialisten. Starhemberg meint sogar, nicht jene hätten Österreich antisemitisch gemacht, der österreichische Antisemitismus habe um-



*Der Duce stehe fest zu Österreich –
man solle dort bald mit den Nazis aufräumen.*



gekehrt die National-Sozialisten salonfähig gemacht. Die Bauer nicht liebenden Sozialisten „packeln“ nun an der Parteiführung vorbei mit Dollfuß. Bauer reagiert, indem er rhetorisch-theoretisch einen immer schärferen Kurs fährt. Tatsächlich ist die Sozialdemokratie – anders als sieben Jahre zuvor – keine bolschewistische Bedrohung für die österreichische Republik mehr. In der Heimwehr sehen es manche anders – insbesondere Fey, der als Held der „Niederschlagung der Roten“ in die Geschichte eingehen möchte.

Wie dem auch sei, mit den Sozialisten ist man 1933 fertig; es bleiben die National-Sozialisten. Auch hier möchte Fey der Held und Retter sein – der Sieger über den „braunen Bolschewismus“. Doch zunächst nimmt er mit den National-Sozialisten Verbindung auf, zumindest behauptet dies der ungarische Ministerpräsident Gömbös. Er sagt zu Starhemberg: „*Es kann dir ganz gleich sein, woher ich das weiß – ihr Österreicher seid Schlamper und es gibt Dinge, die ihr nicht wisst.*“

Gömbös fährt fort, es liege etwas in der Luft, Berlin plane einen Putsch, Starhemberg solle Dollfuß warnen. Dollfuß sieht gleichfalls die Notwendigkeit einer Entscheidung. Auch im braunen Bereich müsse man Ordnung machen. Starhemberg, so



Lido (Venezia) – Excelsior Palace Hotel, Postkarte

bittet Dollfuß Anfang Juli 1934, solle schon in der zweiten Juli-Hälfte in den Urlaub fahren, um, wenn es losginge, wieder vor Ort zu sein. Und den Urlaubsort bitte nicht zu weit entfernt wählen! Starhemberg reist daher an den Lido di Venezia, steigt im Excelsior ab. An dessen Strand sitzt er im späten Juli 1934 neben dem italienischen Außenminister Suvich, seinem Badezeltnachbarn, und blickt aufs Meer. Suvich, ein Jude aus Triest, spricht fließend Deutsch. Er hatte in Graz Anfang des Jahrhunderts Jus studiert, an einer vor 1914 übrigens weit multikulturelleren Universität als heute, denn Studenten mit der

Muttersprache Deutsch waren damals noch in der Minderheit. Suvich spricht über Hitler: Ganz Rom und insbesondere der Duce lache angeblich über diesen Menschen. Der habe sich bei seinem Besuch in Italien völlig blamiert, nur gelabert, die Vorzüge der nordischen Rasse geschildert und erklärt, dass Italiener eigentlich alle „Neger“ seien. Der Duce stehe fest zu Österreich – man solle dort bald mit den Nazis aufräumen.

Aber es kommt anders: Am 25. Juli ermorden die National-Sozialisten Dollfuß. Starhemberg sieht die Ursache im Versagen Feys und damit in seinem eigenen Versagen, denn er hatte Major Fey empfohlen. Stimmen Starhembergs Vermutungen zur Rolle



Nach einer weitverbreiteten Meinung habe es Starhemberg am eigentlichen Willen zur Macht gefehlt.



Feys? Das ist umstritten, doch ergab eine neue Auswertung von Goebbels Tagebüchern, dass Hitler selbst am Abend des 24. Juli von den Bayreuther Festspielen aus den Putsch freigab. Am Morgen des Folgetags alarmierte Fey dann den Wiener Heimatschutz und ließ scharfe Munition ausgeben. Gewiss, so Starhembergs Überlegungen, wollte Fey nicht selber putschen: Er wollte der strahlende Held sein, der den Putsch verhindert. Deswegen hatte er Verbindungen mit den Putschisten aufgenommen. War aber Fey ein Eingeweihter, so durfte er den Wiener Heimatschutz nicht früher, aber auch nicht später alarmieren.

Rückzug aus der Politik

Mit dem Tode von Dollfuß hält Starhemberg als Vizekanzler die Zügel in der Hand; er folgt als erster dem Sarg. Viele der Christlich-Sozialen fürchten ihn als zu militant. So wirklich interessiert es ihn auch nicht, Kanzler zu werden. Da käme man ja gar nicht mehr zum Jagen! Nach einer weitverbreiteten Meinung habe es Starhemberg am eigentlichen Willen zur Macht gefehlt. Er selbst hätte das nicht verstanden. Wenn man als Fürst geboren ist, was soll man denn dann noch werden wollen?



Engelbert Dollfuß

Also ernennt Bundespräsident Miklas den bisherigen Unterrichtsminister Schuschnigg zum Nachfolger von Dollfuß. Dieser ist ebenfalls kaiserlicher Offizier und von ärarischem Adel. Eigentlich könnte man sich verstehen. Man versteht sich jedoch überhaupt nicht. Unvorstellbar, dass man mit einem Schuschnigg vormittags kräftig streitet und abends kräftig trinkt. Starhemberg schildert sehr deutlich: Schuschnigg sei schüchtern, daher ängstlich und zögernd, was Entscheidungen und Lösungen verhinderte. Schuschnigg hätte Starhemberg wohl geliebt – als kaiserlichen Generalissimus des

30-jährigen Krieges. Im Jahr 1934 aber wünschte er ihn in eben dieser Rolle und in Marmor ins Heeresgeschichtliche Museum. Starhemberg macht es Schuschnigg ebenso wenig leicht. Schuschnigg sei großdeutsch im Sinne des Heiligen Römischen Reiches gewesen, von „ein wenig mystischem Glauben“. Und er fährt fort – der Satz könnte aus dem Munde von Hofmannsthal's „Schwierigen“ stammen: „*Was er eigentlich damit meinte, habe ich, ehrlich gesagt, nie verstanden.*“

Schuschnigg sucht den Ausgleich mit der nationalen Opposition. Starhemberg meint, denen sei es weniger um den Anschluss, als um ein Pogrom zu tun. Bei einer Aussprache mit deren Vertretern sagt



Das Volk beeindruckt ihn. Als festgefügte Monarchie, meint er, könne man sich demokratischen Luxus halt leisten.



Starhemberg, diese Verhandlungen seien ein unerhörter Schwindel und die ihm gegenüberstehenden Herren die ärgsten Betrüger, die man sich vorstellen könne. Irgendwann geht es nicht mehr. Schuschnigg schickt Starhemberg ins Heeresgeschichtliche Museum: Er ernennt ihn zum Führer der österreichischen Sport- und Turnfront. Dort soll bitte er keinen Unfug mehr anrichten.



Beisetzung von Georg V. von England in Schloss Windsor
am 28. Januar 1936

1936 stirbt König Georg V. von England. Starhemberg reist als Vertreter Österreichs nach London zum Begräbnis. Die Disziplin, mit der die Engländer aller und gerade der sogenannten einfachen Stände stundenlang vor der Westminster Abbey anstehen, um ihren Herrn letztmalig zu sehen, begeistert ihn. Man geleitet ihn und andere ausländische Gäste an der Schlange der Wartenden vorüber nach vorn. Keiner murrte. In Wien, so meint er, hätte es einen Skandal gegeben. Hier sei man auf dem Boden einer wirklichen Demokratie. Das Volk beeindruckt ihn. Als festgefügte Monarchie, meint er, könne man sich demokratischen Luxus halt leisten.

In Gesprächen mit Baldwin, Chamberlain und Churchill muss Starhemberg erkennen, dass Österreichs Unabhängigkeit, dessen Schutz vor Deutschland und dem nationalen Sozialismus für Großbri-

tannien ohne Bedeutung ist. Das Empire war schwer angeschlagen und an die Vereinigten Staaten verschuldet aus dem Weltkrieg hervorgegangen. Die Kolonien sind – mit der Ausnahme Indiens – wirtschaftlich defizitär (Südafrika, Australien und Kanada schreiben knapp schwarze Zahlen) und dienen eigentlich nur als Flottenbasis (vor allem Gibraltar, Malta, Suez, Aden und Singapur). Sie

zu erhalten und zu modernisieren ist das Hauptziel der britischen Politik. In Europa hat Ruhe zu herrschen – zu möglichst günstigen Preisen, um Mittel für Übersee zu haben. Damit ist Mussolini, der in Abessinien Unruhe schafft, eine Gefahr, Hitler bestenfalls unerfreulich.

Starhemberg und der tschechoslowakische Gesandte Masaryk beschwören Churchill: Nehme sich Hitler Österreich, folge Prag kurze Zeit später! Dies aber werde Europa so umstürzen, dass es auch Großbritannien hineinzöge, dem für dessen Empire dann die nötigen Mittel fehlten. Bersaglieri- und Alpini-Bataillone am Brenner, am Plöcken und im Kanaltal beeindruckten Hitler. Auf der anderen Seite werde Hitler rechtlich-moralischen Grundsatzdiskussionen in Genf seelisch wohl gewachsen sein – nahezu prophetische Worte! Großbritannien werde der Verlierer



Er hat zu viel Charakter, um den Kanzler mit vielen anderen als „Judas von Tirol“ zu verunglimpfen.



des drei Jahre später ausbrechenden Krieges sein. Nicht der Sommer 1940 mit seiner Luftschlacht um England ist somit die Stunde null, sondern der Verlust Tobruks und Singapurs 1942, der Staatsbankrott Anfang 1945 und die indische Unabhängigkeit 1949. Gewiss: Dies ist nicht die Folge des „Anschlusses“, aber die Folge einer verfehlten Lagebeurteilung, die auch den „Anschluss“ zuließ.

Diese Haltung Englands und Frankreichs vergrämt Mussolini, er unterstützt Österreich nicht mehr nachhaltig gegen Hitler. Und der ist erheblich klüger geworden, lässt die bisher in Österreich agierenden Obskuranten von der Bühne verschwinden. Er schickt als Botschafter Herr von Papen, eben jenen, der Hitler per Staatsstreich verhindern wollte, von diesem aber als zu alt (oder zu vertrottelt) hierfür angesehen wurde. Diese Rolle spielt von Papen in Wien: den harmlosen, pensionierten Rittmeister und Herrenreiter: *„Bin ja eigentlich auch ein Opfer der Nazis, bin wie ihr übrigens auch katholisch, die Nazi sind ja gar nicht so, das sieht nur von hier so aus!“* Ein Gutteil der österreichischen Elite nimmt von Papen Rolle und Beurteilung ab. Starhemberg nicht: *„Herr Franz von Papen war durchaus nicht dämlich...“*.



Hitler, Goebbels, Mussolini, Daladier, Chamberlain und Roosevelt;
Photomontage, Karikatur, 1939

Doch von Papen und die schwindende italienische Unterstützung wirken. Am 11. Juli 1936 schließen Österreich und Deutschland das Juli-Abkommen „zur Aufrechterhaltung des Friedens“. Während der folgenden 20 Monate bis zum 13. März 1938 befriedet man Österreich zu Tode. Schuschnigg will Frieden und Konsens – vor allem mit den Sozial-Nationalisten. Starhemberg

nimmt man öffentlich fast nur noch durch seine Eheschließung mit der Burgschauspielerin Nora Gregor wahr. Berlin versucht weiterhin Starhemberg zu gewinnen, um Schuschnigg zu stürzen. Starhemberg durchschaut das Spiel und lehnt ab. Er hat zu viel Charakter, um den Kanzler mit vielen anderen als „Judas von Tirol“ zu verunglimpfen. Schuschnigg löst den Heimatschutz auf. Starhemberg bleibt dennoch loyal.

Ende November 1937 treffen sich Starhemberg und Schuschnigg zu einem gemeinsamen Essen. Beide begegneten sich zum letzten Mal und in aller Freundschaft, was Starhembergs Gewissen später sehr beruhigt. Schuschnigg berichtet, man rüste auf, werde wieder mehr Demokratie wagen, wolle damit England gewinnen und so die österreichische Position verstärken. Starhemberg sieht die Zukunft dunk-



*Starhemberg betonte immer wieder,
Soldat, nicht Politiker zu sein.*



ler: Aufrüstung nütze nichts, weil Offizierskorps und Wehrpflichtige längst national-sozialistisch seien, das mit der Demokratie und England sei eine gute Sache, aber es werde nur langfristig wirken. Starhemberg sagt wörtlich: „*Ich fürchte aber, dass du nicht viel Zeit hast. Den Winter und den Fasching magst du ja noch ganz gut überstehen. Aber wenn die Faschingsbälle vorbei sind, wirst du harte Tage haben.*“

Starhemberg betonte immer wieder, Soldat, nicht Politiker zu sein. Vielleicht war er zu jung und unterschätzte seine politische Begabung. Hier zumindest zeigte er einen bemerkenswerten Instinkt.

Exil und Tod

Um sich allem zu entziehen, reist Starhemberg mit seiner Familie in die Schweiz in den Winterurlaub. Am 10. März 1938 muss man zurückgekehrt sein – seine Frau hat in Wien zu spielen. Schuschnigg lässt ihm am 6. März 1938 – er plant bereits die Volksabstimmung – mitteilen, er solle bitte nicht vor dem 20. März auftauchen. Starhemberg hält von der Abstimmung nichts: Eine Verwaltung, die während sieben Jahren keine Wahlen durchführte, könne so etwas binnen weniger Tage nicht ausreichend vorbereiten. Der Rest ist allgemein bekannt: Starhemberg hat recht behalten. Er weiß um die Gefahr, die ihm droht. Dennoch ist er bereit zurückzukeh-



Ernst Rüdiger Starhemberg, 1932

ren. Er richtet ein Schreiben an Hitler, dessen Wortlaut man vor dem Hintergrund von Starhembergs Charakter nur einen Akt der Diversion nennen kann. Er, Starhemberg, sei bereit zurückzukehren. Himmler warnt ihn, er solle wegbleiben, und rettet ihm so das Leben. Vielleicht ist dies insgeheim der Grund für die wohlwollende Erwähnung Himmlers in den *Erinnerungen*.

Im Winter 1938/39 übersiedelt Starhemberg mit seiner Familie nach Frankreich. Nach Kriegsausbruch tritt er als *Lieutenant à titre étranger* in die französische

Luftwaffe ein. In Österreich enteignet man ihn daraufhin. Mit dem Waffenstillstand schließt er sich de Gaulle an. Im Juni 1940 verlegt er nach England. Später in Französisch-Äquatorialafrika eingesetzt, zieht er sich zurück, als die Sowjetunion Teil der Allianz wird. Mit einer Macht, die dem Ideal der alten Monarchie und überhaupt allem widerspreche, was Christentum, Abendland und Österreich ausmache, wolle er nichts zu tun haben. Mag sein, dass es ihm auch weit hinter jeder Front einfach zu langweilig geworden war. Starhemberg zieht sich in Afrika eine Malariaerkrankung zu, in deren Folge er schwer herzkrank wird.

Die Restitution seines Vermögens nach dem Weltkrieg muss er vor dem Verfassungsgerichtshof erstreiten. Die National-Sozialisten hatten es genommen, die Sozialisten wollten es behalten und die Christsozialen, mittlerweile ÖVP, wollten Frieden,



*Nur wer selbst frei ist,
kann herrschend Freiheit gewähren.*



nur keinen Ärger. Sie bleiben wie Clemens Brentanos Teufel neutral. Erst im Dezember 1955 kehrt Starhemberg nach Österreich zurück. Den März 1956 verbringt er zur Kur in Schruns. Am 15. März beabsichtigt ein kommunistischer Journalist, den man aus Wien hinaufgeschickt hat, ihn am Hoteleingang abzufangen. Den Rat, den Nebeneingang zu nehmen, lehnt Starhemberg natürlich ab. Der Journalist springt ihn aus nächster Nähe mit dem Fotoapparat an. Starhemberg entschließt sich, die Angelegenheit mit dem Stock zu regeln, ist aber keine 30 mehr und schwer krank. Er erleidet einen Herzanfall. Seine letzten Worte lauten: „*Herr vergib ihnen!*“



Ernst Rüdiger Starhemberg, 1935

Und heute?

Ist Starhemberg nun insgesamt eine Gestalt, die man verabscheuen oder lieben mag, die aber spätestens in das frühe 18. Jahrhundert gehört und von der sich heute politisch nichts mehr gewinnen lässt? Möglicherweise hilft sein Fremdsein, Distanz zur eigenen Epoche zu gewinnen und Konturen der eigenen Zeit aus seinem Abstand genauer zu erkennen.

Starhemberg hätte uns heute wohl viel über Demokratie zu sagen: über die Staatsform, die er so verachtet und verspottet hatte, die er erst spät aus seinen englischen Erfahrungen heraus verstehen und schätzen lernte. Er hätte die Demokratie wohl

von einem radikal-ökologischen Standpunkt aus beurteilt: Tiere und Pflanzen haben ihre ökologischen Nischen. Sind alle an ihrem natürlichen Platz, funktioniert das Ökosystem. So ist es auch mit Staat und Gesellschaft. Aristoteles sprach von den „von Natur aus“ zum Dienen oder zum Herrschen Geborenen. Wer herrschen wolle, müsse innerlich frei sein. Nur wer selbst frei ist, kann herrschend Freiheit gewähren.

Starhemberg hätte alle Auswahl zur Herrschaft – sei es Geburt oder Wahl – nur als ein Mittel aufgefasst, die Besten zur

Herrschaft zu bringen. Herrschen heißt, den Beherrschten in Würde leben lassen. Bei allen Privilegien, die man sich selbst nimmt und nehmen muss, ist dem Beherrschten ein natürlicher, großer Teil zu lassen. Hierbei erfolgreich hat der Herrschende Gefolgschaft: „unconditional confidence“, wie Burke es nennt. Langfristig ohne Erfolg wird er mitsamt der Staatsform, für die er steht, fallen, gleichgültig, ob er durch Wahl oder Geburt an seine Stelle gelangt ist.

Aristokratisch geprägte Staaten betonen das Elitprinzip, mögen sie ihm in Wirklichkeit auch überhaupt nicht entsprechen. Viele Demokratien meiden alles, was Elite sein könnte. Gerade Demokratien aber dürften das nicht, wollen sie nicht Nietzsche recht geben, der meinte, Demokratie sei dort, wo kleine Ziffern Nullen hinter sich sammelten, um groß heraus zu kommen.

Rudolf Preyer

Martin Rady: Vom Rhein bis zu den Karpaten

Slavoj Žižek und *Laibach* als das Ende der Geschichte?

Was früher als „der Osten“ firmierte, wird vom Historiker Martyn Rady zurechtgerückt – und zwar in die Mitte. Lesen Sie im Folgenden, was das mit dem slowenischen Philosophen Slavoj Žižek und *Laibach*, einer meiner Lieblingsbands, zu tun hat.

Konkret politisch wird es erst im Satzesatz. Davor ist das Buch tatsächlich, da bin ich mit Ivan Krastev, der im Klappentext ein Testimonial abgibt, einig, „populärwissenschaftliche Geschichte vom Feinsten“. Die Rede ist von Martyn Radys Großleistung *Vom Rhein bis zu den Karpaten*. Das Opus Magnum des Emeritus des *University College London*, wo er den Masaryk-Lehrstuhl innehatte, heißt im Original *The Middle Kingdoms: A New History of Central Europe* und verspricht somit nichts weniger als „eine neue Geschichte Mitteleuropas“.

Gotz Kubitschek bemäkelte in der *Sezession*, Ausgabe 123 vom Dezember 2024: „Man liest nicht ungerne, nur immer latent gereizt, will deutlich mehr erfahren und wird, um vertiefen zu können, ins Internet wechseln oder zu einem anderen Buch greifen müssen.“ Darin ist Kubitschek beizupflichten, der sog. „Bauernkrieg“ etwa wird von Rady gar nur in einem Halbsatz abgehandelt. (Zu dessen 500-Jahr-Jubiläum sind schon mehr oder weniger tiefeschürfende Novitäten erschienen, besonders möchte ich auf den von *Bahoe-Books* publizierten Comic-Band *1525 – Der Aufstand* verweisen: Giulio Camagni hat die einschlägige Literatur aufgesogen, und, so sagte er in seiner Erstpräsentation in der Wiener Hauptbibliothek, sich vor allem an Friedrich Engels historischen Abriss *Der deutsche Bauernkrieg* gehalten.)

Ob Kubitschek wohl auch bis zum Satzesatz Radys in dessen doch beachtlichem 700-Seiten-Wälzer

vorgedrungen ist? Da heißt es nämlich: „Für solche Eindringlinge [aus dem Osten: etwa Hunnen, Awaren, Mongolen, osmanische Türken, Kosaken, Krimtataren usw.] hatten die mittelalterlichen Geschichtsscheiber einen eigenen Namen und Erklärungsansatz – es waren ‚Hundemenschen‘, die aus dem Kaukasus entkommen waren, wo sie Alexander der Große einst eingeschlossen hatte. Die heutigen Hundemenschen mögen keine Schnauzen und Schwänze mehr haben wie diese Phantasiegestalten von früher, aber mit ihren Raketenwerfern, Panzern und Drohnen sind sie genauso schrecklich und nicht minder gefährlich für die europäischen Ideale, die im Evangelium Kaiser Ottos III. erstmals aufschienen.“

Die eigentliche Mitte

Die zentrale Aussage des Historikers (Jahrgang 1955), der schon mit seinem Buch *Die Habsburger. Aufstieg und Fall einer Weltmacht* für einige Aufmerksamkeit sorgte, ist: Das, was bis vor kurzem noch als „der Osten“ galt, das, was in Business-Kreisen heute als CEE (Central and Eastern Europe) firmiert, ist – neben den „Resten des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ selbstverständlich – die eigentliche Mitte Europas.

Im Schlusskapitel wird dabei gehörig kondensiert, beispielsweise an dieser Stelle: „In der Kunst und



*Man liest nicht ungerne,
nur immer latent gereizt.*



Architektur der Renaissance zum Beispiel verschmolz Mitteleuropa den italienischen mit dem gotischen Stil des Nordens und unterlegte ihn mit einer tiefgründigen Spiritualität.“

Anhand des 34. und letzten Kapitels soll gezeigt werden, dass Rady ein mitunter eigentümliches Verständnis hat, was zum Kanon gehören mag. Gedacht als (vorläufiger) Letztstand der mitteleuropäischen Geschichte, betitelt der Historiker dieses Kapitel mit dem Signet „Postkommunismus“ – um dann auf eine sehr popkulturelle (vermeintliche?) Nische zu sprechen zu kommen: *Slavoj Žižek und was uns Laibach sagen will* lautet da also der Untertitel.

Oh, *Laibach*, die ich zu meinen Lieblingsbands zählen darf, wie entzückend, wie possierlich! Ob es sich wohl gelohnt hat, mehr als 600 Seiten hinter mich gebracht zu haben? Plötzlich heißt es also: „*Laibach lässt sich vielleicht ganz gut als eine Art Aufeinandertreffen von Freddie Mercury und dem Nazi-Kino von Leni Riefenstahl beschreiben.*“ Lassen wir das mal so stehen. Rady erinnert an den Auftritt der Band in der Turbinenhalle der *Tate Modern* in London anno 2012. Gleichzeitig war in diesem Riesenraum Damien Hursts *For the Love of God* zu sehen, ein über und über mit Diamanten besetzter Platinschädel.

„*In der Mitte der Bühne war Laibachs Markenzeichen aufgebaut, ein Hirschgeweih. Die Gegenüberstellung der beiden Objekte war Zufall, aber sie kann als Symbol für den heutigen Zustand Mitteleuropas gelten: auf der einen Seite das*



glitzernde, aber im Grunde hohle Versprechen des Überflusskapitalismus, wie ihn Slavoj Žižek nennt; auf der anderen ein Totem des archaischen Lebens, das Instinkten und Stammesdenken verhaftet ist.“

Es ziehen Wolken auf

Laibach und Žižek begehren schon lange gegen die „Tyrannei des globalen Kapitalismus“ auf, so Rady, allerdings ohne zu benennen, was an seine Stelle treten sollte, wann und wie.

„*Momentan wirken die Mitteleuropäer ein wenig wie übrig gebliebene eifrige Kunden, die sich in den Marmor-Einkaufszentren des globalen Kapitalismus tummeln. Das mag (hoffentlich) noch lange so weitergehen, denn die Wahrscheinlichkeit, dass sie stattdessen plötzlich anfangen, Tocqueville und Solschenizyn zu lesen, ist gering – und so könnten sich auch um einiges dunklere Triebe Bahn brechen als das Vergnügen, auf Schnäppchenjagd zu gehen.*“

Diese Besprechung am Tage der Amtseinführung, am 20. Jänner 2025, am Tag der Inauguration Donald Trumps zum 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten geschrieben habend, darf man doch einigermassen dankbar sein, dass es auf dem Alten Kontinent noch Vertreter eines gesunden Pessimismus gibt. Ihnen gehört wahrscheinlich die Zukunft – und ihre Clairvoyance sieht wohl nicht umsonst dunkle Schatten auf das nunmehr neujustierte Mitteleuropa heraufziehen.

Adharas Stimme



Abschließend, werte Leser, vielleicht noch ein kurzer Ausblick! Ich fürchte ja, dass die anderen Parteien sich jetzt wieder zusammenhängen werden, um mit aller Kraft Neuwahlen zu verhindern. Ich glaube, dass das so passieren wird. Sie wollen Neuwahlen verhindern und einen Zuwachs der Freiheitlichen Partei damit irgendwie stoppen oder aufhalten. Und es spricht ja vieles dafür, dass bereits in den letzten Wochen entsprechende Parallelverhandlungen von Seiten der Österreichischen Volkspartei mit der Sozialdemokratischen Partei geführt worden sind. Ich habe das auch immer wieder gehört.

Ich habe das zur Seite geschoben, weil ganz ehrlich gesagt: Wenn ich, Adhara, mit jemandem verhandle in den Tiefen des politischen Gewässers, dann gehe ich davon aus, dass er ehrlich mit mir umgeht! Und wenn ich diese Grundüberzeugung nicht mehr habe, dann brauche ich keine Sekunde mehr weiter zu verhandeln. Aber wir werden sehen, was die nächsten Wochen und Monate bringen. Wenn es so kommt, wie ich es vermute, dann kann

man sagen: Ja, vielleicht geht das eine Zeit lang gut! Vielleicht hält das dann eine Zeit lang. Aber eines ist sicher, nämlich dass Österreich und seine Bevölkerung in dieser Zeit weiter Schaden nehmen werden. Und das ist ein ganz, ganz großes Problem, weil in einer solchen Konstellation nicht die neue Dynamik entfaltet wird, die es braucht. Keine neue Dynamik, sondern das, was da auf uns zukommt, ist ein uraltes Regieren! Und ich habe das den Nixen und Wassergeistern von der anderen Seite des Teichs auch in dieser Deutlichkeit gesagt.

Aber wenn, wenn dann doch die Neuwahlen kommen, meine Damen und Herren, werte Leser, dann kann ich nur an die Bevölkerung appellieren. Bitte, bitte, liebe Österreicherinnen und Österreicher, schaffen Sie klare Verhältnisse, schaffen Sie klare Verhältnisse! Das ist dasjenige, was Österreich braucht. Klare Verhältnisse, damit sie dann doch noch kommen, die guten Jahre mit einem freiheitlichen Volkskanzler.

Später, aber doch. Sie wissen, heute ist nicht aller Tage. Ich komme wieder, keine Frage!

Adhara

Impressum



Medieninhaber: Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee, Blütenstraße 21/1, A-4040 Linz, Tel.: 0732 736426, E-Post: verein@atterseekreis.at · Herausgeber: ParlRat. Mag. Norbert Nemeth · Redaktionelle Gestaltung: Jörg Mayer, B.A. · Art Director, Bildredakteur: Prof. Dr. Gerhard Rihl

Der Attersee Report behandelt Fragen von gesellschaftlicher und politischer Bedeutung. Er ist ein Produkt des Vereins Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder und liegen in ihrer Verantwortung. Die Beiträge bewegen sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen der Meinungsfreiheit. Ausführliche Informationen zu unseren Datenschutzbestimmungen finden Sie unter atterseekreis.at/datenschutz.

Bildnachweis (Abkürzungen: (b)=bearbeitet; WCg=Wikimedia Commons, gemeinfrei): S. 1: akg-images / John Hios · S. 2: akg-images / brandstaetter images / Archiv Seemann · S. 3, 5, 52: Zde (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Kleroterion,_AGMA,_225287.jpg), Kolorierung von Büro Rihl, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode> (b) · S. 4, 6-7: akg-images / brandstaetter images / Archiv Seemann · S. 9: akg-images · S. 10: akg-images / Jürgen Sorges · S. 11: akg-images / C. Schlegelmilch · S. 14: akg-images · S. 15: akg-images · S. 16: akg-images · S. 17: akg-images · S. 20: akg-images · S. 21: akg-images · S. 23: WCg · S. 25: Lennart Preiss / MSC (b) · S. S. 4, 26-27: Pixabay / jplenio · S. 28: Deutscher Bundestag / Simone M. Neumann · S. 29: Deutscher Bundestag / Marc-Steffen Unger · S. 30: Deutscher Bundestag / Simone M. Neumann · 31: Ansgar Koreng / CC BY 3.0 (DE) (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Berliner_Mauer,_Bernauer_Straße,_Berlin-Mitte,_160326,_ako.jpg), „Berliner Mauer, Bernauer Straße, Berlin-Mitte, 160326, ako“, Kolorierung von Büro Rihl, <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/legalcode> (b) · S. 4, 32-33: akg-images / UIG / Universal History Archive · S. 36: akg-images / Album / Oronoz · S. 37: akg-images / Album / Oronoz · S. 41: akg-images / brandstaetter images / Austrian Archives (S) · S. 42: WCg · S. 43: akg-images / brandstaetter images · S. 44: akg-images · S. 45: akg-images · S. 46: akg-images / brandstaetter images/Archiv Seemann · S. 47: akg-images / brandstaetter images / Franz Xaver Setzer · S. 49: Rowohlt Berlin / Martyn Rady · S. 50-51: Pixabay (b) · Illustrationen auf S. 1, 31, 50, 52: Büro Rihl



Atterseekreis

frei denken

www.attersee-forum.at

Österreichische Post AG

Sponsoring.Mail

14Z040199 S

Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee

Blütenstraße 21/1, 4040 Linz